



Saarland

Ministerium für Umwelt,
Energie und Verkehr

AKTUALISIERTE FASSUNG

UMWELTERKLÄRUNG 2010



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Vorwort	3
2.	Umweltleitlinien	4
3.	Der Standort	5-6
4.	Aufgaben und Tätigkeiten	7-8
5.	Organisationsplan	9-12
6.	Chronik zum innerbetrieblichen Umweltschutz	13
7.	Umweltauswirkungen	14-36
7.1	Direkte Umweltauswirkungen	
7.1.1	Standort Saarbrücken	
7.1.2	Landesdenkmalamt	
7.1.3	Versiegelungen und Altlasten	
7.1.4	Raumwärme	
7.1.5	Strom	
7.1.6	Wasser	
7.1.7	Papier	
7.1.8	Emissionen	
7.1.9	Mobilität	
7.1.10	Abfallaufkommen	
7.2	Umweltziele	
7.3	Indirekte Umweltauswirkungen	
8.	Umweltmanagementsystem und rechtliche Regelungen	37-38
9.	Umweltziele und Umweltprogramm	39-40
10.	Umweltkommunikation	41
11.	Impressum und Ansprechpartner	42
12.	Erklärung des Umweltgutachters	43

Das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr hat im Jahr 1996 erstmals eine Umweltprüfung in Anlehnung an die EMAS-Verordnung der Europäischen Gemeinschaft (EG-VO 1836/93) durchgeführt und Schritt für Schritt ein Umweltmanagementsystem aufgebaut. Am 1. Dezember 2003 wurde das Ministerium für Umwelt unter der Registrierungsnummer D-170-00060 in das EMAS-Register eingetragen.

Seit der Einführung des Umweltmanagementsystems gemäß EG-VO Nr. 761 (2001) im Jahre 2003 konnten wir große Fortschritte bei der Verwirklichung unserer Umweltziele erreichen.

Das EMAS-System ist im Ministerium etabliert. Nach dem Umzug des Landesdenkmalamtes nach Reden, Anfang 2008, wurde auch dieser Bereich vollständig in das Umweltmanagementsystem einbezogen und bei der EMAS-Validierung 2009 in das bestehende EMAS-System integriert.

Mit dem Öko-Audit-Förderprogramm des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr, das wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen wollen, wurde ein erfolgreicher Anreiz für viele Organisationen geschaffen, bei sich das EMAS-System einzuführen. Das Saarland liegt seit Jahren im Bundesvergleich bei EMAS, gemessen an der Zahl der EMAS-validierten Betriebe im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, auf einem Spitzenplatz.

Die positiven Ergebnisse sind uns nicht in den Schoß gefallen, sie resultieren aus Engagement und Hartnäckigkeit bei der Verfolgung der gesetzten Ziele. Allen, die dazu beigetragen haben, den Mitarbeiter/innen im Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr, in den Fremdfirmen, die wir in unser Managementsystem eingebunden haben und dem Umweltberater Dr. Stephan Hirsch vom Saar-Lor-Lux Umweltzentrum sowie dem Umweltgutachter Michael Hub, Frankfurt, danke ich herzlich, verbunden mit der Bitte, weiterhin an der Verbesserung unserer Umweltleistungen mitzuwirken.

Auch die Anforderungen nach der neu gefassten ISO 14001:2009 sind vom Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr erfüllt und auch diese Zertifizierung werden wir weiter aufrechterhalten.

Die Umweltleitlinien, die im Februar 2002 in Kraft gesetzt wurden, gelten auch zukünftig unverändert weiter. Die Anforderungen der neuen Verordnung EMAS III sind berücksichtigt.

Auf den folgenden Seiten informieren wir über aktuelle Umweltdaten und unsere Aktivitäten im Rahmen von EMAS seit November 2009. Diese Aktualisierung gilt daher nur im Zusammenhang mit der Umwelterklärung 2009.

Den Leserinnen und Lesern dieser Umwelterklärung wünsche ich eine interessante Lektüre.

Dr. Simone Peter
 Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr



2

UMWELTLEITLINIEN

Das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr hat eine gesellschaftliche Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, die nachhaltige Entwicklung zu fördern und den Umweltschutz als Selbstverständlichkeit im Denken und Handeln aller zu verankern. Daher sind wir bemüht, durch ökologisches, verantwortungsbewusstes Handeln, die Belastungen für Mensch und Umwelt zu minimieren und einen Beitrag zum Klimaschutz auf Basis eines schonenden Umgangs mit den Energieressourcen zu leisten. Auf Grund dieser Verantwortung verpflichten wir uns zu folgenden

Umweltleitlinien:

1. Wir betrachten Umweltschutz als wichtigen Bestandteil unserer Behördenführung und stellen sicher, dass er in allen Funktionen und auf allen Ebenen in konkrete Ziele und Verhaltensregeln umgesetzt wird.
2. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wichtigsten Partner bei allen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Wir werden sie im Rahmen unserer Möglichkeiten laufend unterrichten, informieren, schulen und so ausstatten, dass sie ihre Leistungen unter den bestmöglichen Arbeitsbedingungen erbringen können und die Belastung der Umwelt auf ein unumgängliches Maß reduziert wird.
3. Wir sind bestrebt, alle Stoffe und Einrichtungen, die die Umwelt belasten, zu vermeiden oder zu verringern. Nach Möglichkeit werden verbrauchte Stoffe und Materialien einem Verwertungskreislauf zugeführt. Wir sind bestrebt, unsere Lieferanten sowie Unternehmen, die für uns tätig sind zur Einhaltung der gleichen Umweltvorgaben und -normen wie wir diese selbst anwenden, zu verpflichten.
4. In Fragen des Umweltschutzes praktizieren wir einen offenen Umgang mit der Öffentlichkeit. Wir informieren sie regelmäßig über die von unserer Behörde ausgehenden Umweltauswirkungen.
5. Um einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Umweltschutz zu gewährleisten, richten wir ein Arbeitsprogramm Umwelt ein, das permanent fortgeschrieben wird. In diesem Programm werden die aus den wiederkehrenden Umweltprüfungen resultierenden Mängelbefunde und Maßnahmen als Umweltziele definiert.
6. Wir verpflichten uns, die geltenden Umweltgesetze und Vorschriften einzuhalten. Unser Rechtsverzeichnis wird regelmäßig aktualisiert.
7. Wir erfassen und bewerten die von unseren Tätigkeiten und Dienstleistungen verursachten Umweltauswirkungen regelmäßig nach unserem internen Umweltstandard.



gez. Dr. Simone Peter

Saarbrücken, den 15.12.2009
 Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr

3

DER STANDORT

Das Ministerium mit seinen 269 Mitarbeitern (Stand: Ende 2009) ist inzwischen in vier statt in drei Dienstgebäuden untergebracht, von denen sich drei in der Landeshauptstadt Saarbrücken befinden. Der aus mehreren Einzelgebäuden in der Keplerstraße 18 (Eigentum) und der Gutenbergstraße 28 (sogenanntes Wohnhaus, Eigentum) bestehende Gebäudekomplex (frühere Landeszentralbank) beherbergt die Abteilung A (Allgemeine Verwaltung), vier Referate der Abteilung B (Klimaschutz, Energie und Verkehr), Abteilung C (Landes- und Stadtentwicklung), vier Referate der Abteilung E (Technischer Umweltschutz), den Bereich der Ministerin (M/1, M/2, M/3 und M/4) sowie den Personalrat. Die Gebäude wurden im Jahr 1964 errichtet und haben eine Nutzfläche von 6.067 Quadratmetern. In einem in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Gebäude, der sogenannten Bastei (Saaruferstraße 16, gemietet) sind die Abteilung D (Ökologische Landnutzung, Natur- und Tierschutz) und das Referat E/3 untergebracht. In dem mehrstöckigen Gebäude (Baujahr nicht bekannt) hat das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr 1.560 Quadratmeter Bürofläche angemietet. Ein weiterer Standort befindet sich in Landsweiler-Reden und beherbergt das Landesdenkmalamt sowie das Referat D/6B. Seit Frühjahr 2010 sind die Referate B/5 und B/6 vorübergehend im Gebäude des Kultusministeriums (Keplerstraße 21) untergebracht. Dieses Gebäude ist deshalb nicht in die Validierung einbezogen und bei den Daten zu den direkten Umweltauswirkungen nicht berücksichtigt.

Das Ministerium verfügt weder über eine Kantine noch eine Druckerei. Klimatisiert ist nur ein Teil des Gebäudes in der Keplerstraße 18 (Großraumbüro, im Bereich Referat A/4, der große Sitzungssaal im Erdgeschoss, Teile des Bereiches der Ministerin sowie die Serverräume). Im Gebäude Keplerstraße 18 befindet sich eine eingeschossige Tiefgarage mit ca. zwölf Stellplätzen. Der Fuhrpark besteht aus dreizehn Pkw und einem Transporter. Zusätzlich wurden im Juli 2010 noch zwei Pedelecs zum Dienstgebrauch angeschafft. Mitte Oktober 2010 ist neben dem Haupteingang des Dienstgebäudes in der Keplerstraße 18 eine neue Fahrradabstellanlage in Dienst genommen worden.



Lageplan Standorte Saarbrücken



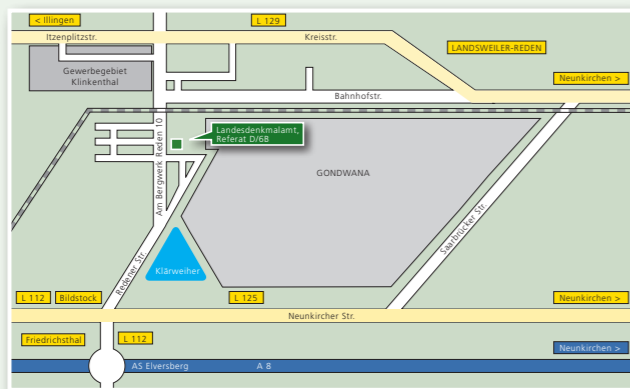
Standort Keplerstraße

3

DER STANDORT

Gebäudetechnisch handelt es sich bei beiden Standorten um ältere Gebäude, die nach dem Krieg erbaut wurden. Keines der Gebäude entspricht wärmetechnisch in allen Punkten dem Stand der derzeitigen Haus- und Gebäudetechnik. Durch die „ARGE Solar“ e.V. wurde für das Gebäude Keplerstraße 18 eine Gesamtbewertung Primärenergiebedarf durchgeführt und am 13.12.2005 hierzu ein Energieausweis ausgestellt. Das positive Ergebnis der Bewertung mit einem relativ guten Wert von 158 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr besagt, dass die Gesamtbewertung näher an dem „Vergleichswert Neubau“ als an dem „Vergleichswert sanierter Altbau“ liegt.

Der Standort Landsweiler-Reden ist langfristig angemietet. Neben dem Landesdenkmalamt befinden sich andere Behörden im Gebäude: Das Zentrum für Biodokumentation, das dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zugeordnet ist; die Bergbaubehörden des Saarlandes, nachgeordnete Dienststellen des Ministeriums für Wirtschaft und Wissenschaft, eine Dienststelle des Landkreises Neunkirchen, das Institut für Landeskunde im Saarland (IfLiS, ein eingetragener Verein) und die StudienStiftungSaar. Die EMAS-Validierung bezieht sich nur auf den Bereich des LDA. Die Hausverwaltung für das gesamte Gebäude wird vom Oberbergamt des Saarlandes (OBA) ausgeübt. Vom OBA werden für das gesamte Gebäude auch gestellt: der Sicherheitsbeauftragte, der Brandschutzbeauftragte und die elektrisch unterwiesene Fachkraft. Die wiederkehrenden Prüfungen der zentralen Anlagen und Einrichtungen (Brandschutzeinrichtungen, zentrale Lüftungsanlagen, Personenaufzug) werden vom Eigentümer/Vermieter durchgeführt und über die Nebenkostenabrechnung umgelegt.



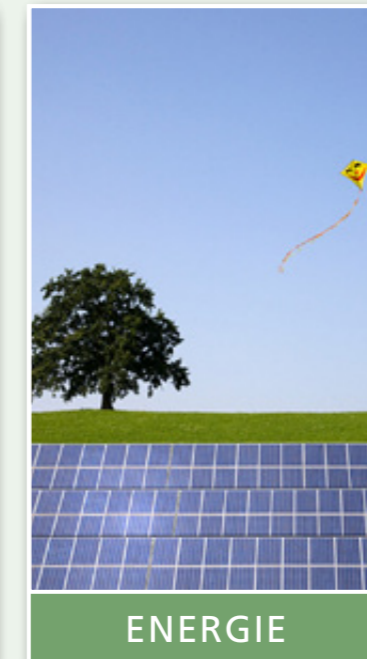
Lageplan Standort Reden



Standort Reden

4

AUFGABEN UND TÄTIGKEITEN



Die Regierungsumbildung 2009 hat dem bisherigen Ministerium für Umwelt zusätzlich zu den umfangreichen Ökologie-Aufgaben die wichtigen Politikfelder Energie und Verkehr zugeordnet. Wie keine andere oberste Landesbehörde haben Arbeit und Leistungen des MUEV in vielfacher Weise direkten und indirekten Einfluss auf die natürlichen Lebensgrundlagen, auf die Wirtschaft und die Gesellschaft, auf die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger. Das Leitziel ist, durch Ordnungspolitik, Landesentwicklungsplanung und Förderpolitik vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Zukunft des Saarlandes zu schaffen.

Nachhaltige Entwicklung ist ein Konzept für effizientes politisches Management: Handlungsstrategien und Maßnahmen werden unter dem Aspekt der ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen bewertet konzipiert. Dazu gehören konkrete Projektziele, übergeordnete, quantifizierte Leitziele, aussagekräftige Indikatoren als Maßstab und eine regelmäßige Evaluierung mit öffentlichen Berichten, wie diese Umwelterklärung beispielsweise.

Eine offene und transparente Umweltkommunikation ist zudem Basis für zwei immer wichtiger werdende Instrumente umweltpolitischen Handelns: die Partizipation von Bürgern und Unternehmen sowie die Kooperation mit den unterschiedlichsten Akteuren, die sich im Spannungsfeld Umwelt-, Natur- und Klimaschutz bewegen.

4

AUFGABEN UND TÄTIGKEITEN

Dazu gehören natürlich die Umweltverbände, die Tierschutzverbände, die Waldbesitzerverbände und die Jagdverbände des Saarlandes, aber auch die ökologische Landwirtschaft, die gewerbliche Wirtschaft, der Handel, Dienstleistungen, die Städte und Gemeinden sowie die Bürgerinnen und Bürger. Letztere bestimmen Tag für Tag durch ungezählte Einzelentscheidungen über die Qualität unserer Umwelt mit – beispielsweise durch die Wahl ihrer Verkehrsmittel oder ihr Einkaufsverhalten.

Im Bereich des kooperativen Umweltschutzes haben sich in jüngster Zeit eine Reihe von Ansätzen und Instrumenten entwickelt, die die klassischen Instrumente des Ordnungsrechtes wirksam – und oft mit Mehrfachnutzen – ergänzen. Beispiele hierfür sind der Umweltpakt Saar zwischen Landesregierung und saarländischer Wirtschaft für mehr freiwilligen betrieblichen Umweltschutz, das Ökokonto im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung im Naturschutz sowie die Runden Tische im Zuge der Novellierung verschiedener Gesetze (z.B. Saarländisches Denkmalschutzgesetz oder Saarländisches Jagdgesetz) oder als Dauereinrichtungen (z.B. Runder Tisch Tierschutz).

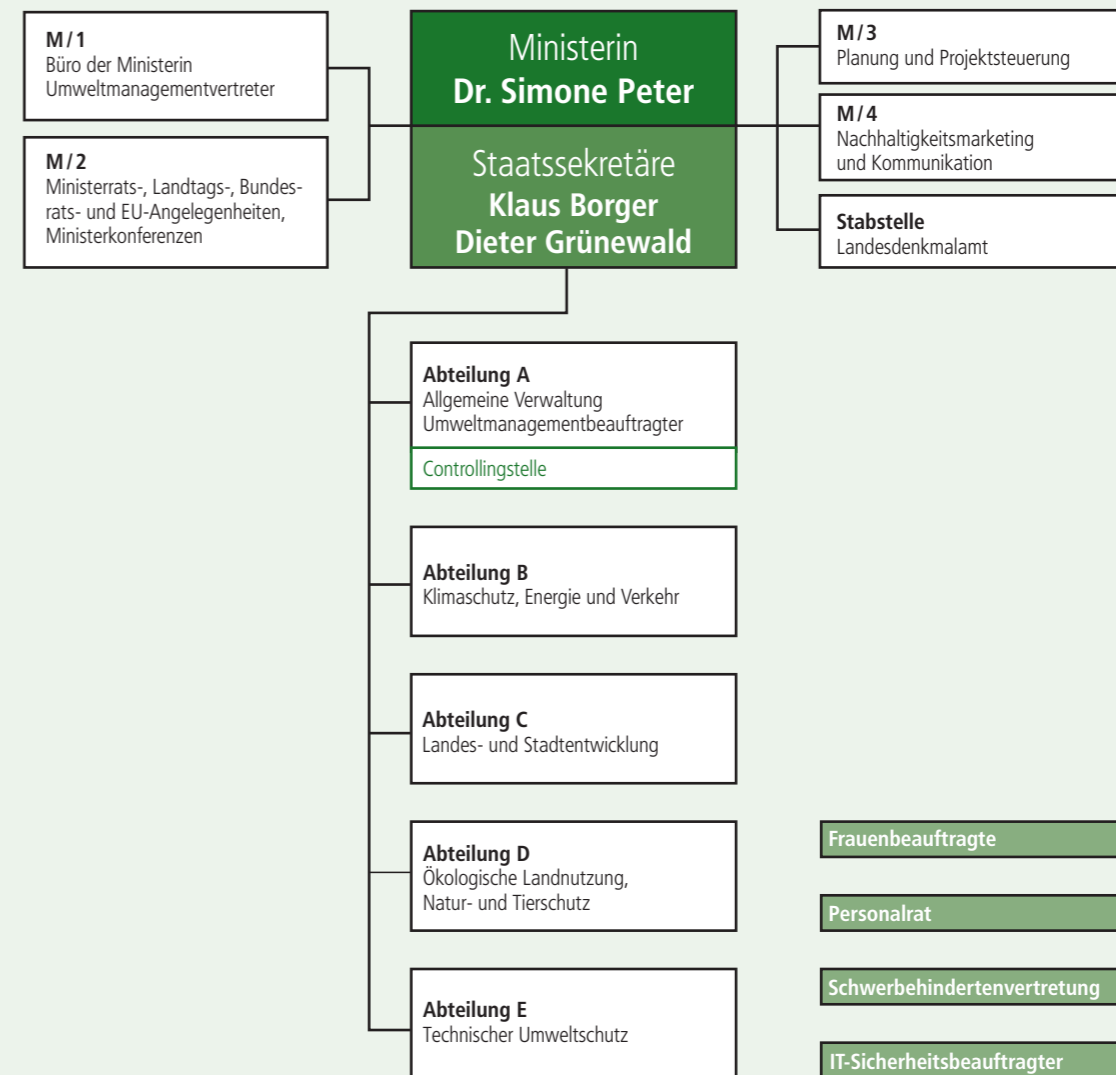
Als EMAS-Organisation befinden wir uns in guter Gesellschaft mit rund 50 EMAS-Betrieben im Saarland, zu denen in gleicher Weise Großbetriebe wie auch kleinere Handwerksbetriebe gehören. Das breite Aufgabenspektrum, das das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr als großes Ressort (im Vergleich der Bundesländer) innerhalb eines kleinen Flächenlandes abdeckt, bietet zugleich die Chance, die Strategien hin zu einer nachhaltigen Entwicklung vernetzt und ganzheitlich anzugehen.

So bietet beispielsweise die gleichzeitige Zuständigkeit für Tierschutz, Naturschutz, Waldwirtschaft sowie für Jagd die Möglichkeit, Tierschützer, Naturschützer, Waldbesitzer und Jäger an einen Tisch zu holen und Konflikte bereits zu einem frühen Zeitpunkt auszuräumen. Durch die Zuständigkeit für den Denkmalschutz lässt sich der Ansatz der Nachhaltigkeit auch mit einer kulturellen Aufgabe, nämlich dem Bewahren des gebauten kulturellen Erbes, verknüpfen.

Das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr ist eine Oberste Landesbehörde und innerhalb der Landesregierung für den Technischen Umweltschutz, den Naturschutz, den Arten- und Tierschutz, die Waldwirtschaft, den ökologischen Landbau, die Landesplanung, den Städtebau, Energiepolitik inkl. Erneuerbarer Energien, Verkehrspolitik inkl. Straßenbau sowie für den Denkmalschutz zuständig. Gliedert man diese Themen weiter auf, ergeben sich folgende Aufgabengebiete:

5

ORGANISATIONSPLAN DES MUEV





KLIMASCHUTZ

Durch Klimaveränderungen entstehen global und regional große Schäden für Mensch und Natur. Ursache ist der CO₂-Anstieg in der Atmosphäre. Für das Saarland haben Experten bis 2050 eine Klima-Last von 20 Milliarden Euro ermittelt. Die globale Klimaschutz-Strategie lautet: Minderung des CO₂-Ausstoßes, in den EU-Staaten um 40 % bis 2020 (gegenüber 1990), im Saarland um 80 % bis 2050 (1990 = 23,7 Mio. t). CO₂-Minderung wird durch kohlenstoffarme Technologien erreicht, hauptsächlich mit Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen. Das Saarland wird den Saar-Wald als eine sehr wichtige CO₂-Senke in das saarländische Klimaschutzkonzept einbinden und das CO₂-Speichervermögen des Waldes und des Waldbodens optimieren.



ENERGIEPOLITIK UND ERNEUERBARE ENERGIEN

Energie ist eine Kernkompetenz des Saarlandes. Eine zukunftsorientierte Energiepolitik muss den Zielen der Umwelt- und Klimaverträglichkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit Rechnung tragen. Gemäß Koalitionsvertrag soll der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 von bisher 4% auf 20% gesteigert werden. Darüber hinaus sind in Kommunen, Gewerbe und Industrie weiterhin erhebliche Energieeffizienz- und Energie-einsparpotenziale vorhanden, die es zu heben gilt, um eine drastische Reduzierung der Treibhausgase von 80 % bis 2050 herbeizuführen.



ENERGIE- UND ENERGIEKARTELLAUFSICHT

Hinsichtlich der Energie- und Energiekartellaufsicht beteiligt sich das Ministerium an den energiewirtschaftlichen und wettbewerbsrechtlichen Rahmenseetzungen (Energie-wirtschaftsgesetz (EnWG) und nachgelagerte Verordnungen; Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)) in den entsprechenden Bund-Länder-Abstimmungsgremien und in den Bundesratsverfahren. Zugleich werden die Aufgaben der EnWG- und GWB-Vollzugsbehörden auf Landesebene wahrgenommen mit dem Ziel, Verstöße gegen die rechtlichen Vorgaben zu verhindern oder zu verfolgen und die wettbewerbliche Verfassung der Energiemärkte zu sichern: Landesregulierungs-behörde zur Regulierung der Strom- und Gasnetze, Energieaufsichtsbehörde zur Kontrolle rechtskonformer Versorgungsbedingungen wirtschaftlicher und technischer Art, fachtechnische Prüfungsbehörde für öffentlich finanzierte Erschließungsprojekte, Landeskartellbehörde für Energie und Wasser zur wettbewerbsrechtlichen Missbrauchsaufsicht in der Versorgungswirtschaft und außerdem Befassung mit Fragen der Energiesicherung und der Notfallvorsorge in der Energiewirtschaft.



VERKEHRSPOLITIK UND ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

Verkehr ist Mobilität und Ausdruck der Verknüpfung der menschlichen Aktivitäten. Aufgabe einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Verkehrspolitik ist die Aufrechterhaltung funktionierender Verkehrssysteme, mit welchen die Lebensqualität für den Einzelnen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gewährleistet wird. Die Zukunftsfähigkeit des Verkehrssystems ist an die Erfordernisse des Klimaschutzes anzupassen. Damit einhergehend wollen wir den ÖPNV stärken und die nichtmotorisierten Verkehrsarten fördern.



STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT

Die Aufgaben im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit dienen dem Ziel die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen bzw. zu gewährleisten. Dazu gehört die Mitwirkung als Land an der Entwicklung des nationalen und letztlich europäischen Verkehrssicherheitsprogramms sowie die Vertretung des Saarlandes im von der Verkehrsministerkonferenz eingesetzten „Runden Tisch der Länder“, welcher präventive Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit entwickelt. Zusätzlich gehören zum Aufgabenbereich die Umsetzung von Verkehrssicherheitsaktionen im Saarland sowie der Vorsitz in der Verkehrsunfallkommission Saarland, in welcher Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallhäufungen analysiert und erarbeitet werden müssen.



LANDESPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG

Die Landesplanung hat die Aufgabe, die unterschiedlichen Ansprüche an den Raum zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Dadurch werden Flächenkonflikte schon in einem frühen Stadium vermieden bzw. ausgeräumt. Ziel der Landesplanung ist insbesondere ein sparsamer Umgang mit dem begrenzten Gut Boden, aber auch der Schutz vor Hochwassergefahren, der Schutz des Trinkwassers und von Natur und Landschaft vor weiterer Zersiedlung. Wichtigste planerische Instrumente der Landesplanung sind der Landesentwicklungsplan Umwelt und der Landesentwicklungsplan Siedlung. Auch über die Genehmigung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen kann das Umweltministerium Einfluss auf den Flächenverbrauch nehmen. Die Stärkung innerstädtischer Entwicklungspotenziale ist ein Ziel der Stadtentwicklung. Durch planerische Vorgaben und Förderanreize soll die Attraktivität der Innenstädte erhalten und gesteigert werden.

5

ORGANISATIONSPLAN DES MUEV



UMWELT UND WIRTSCHAFT

Nach großen Erfolgen, die durch das Ordnungsrecht in Kombination mit Maßnahmen des technischen Umweltschutzes für die Umwelt erzielt worden sind (Entschwefelung und Entstickung der Kraftwerke, Katalysator etc.) sind weitere nachhaltige Verbesserungen jetzt vor allem durch kooperative Ansätze zwischen Umwelt und Wirtschaft zu erreichen. Ein solcher Ansatz ist der Umweltpakt Saar, der vom Umweltministerium mit initiiert wurde sowie die finanzielle Förderung von Öko-Audits nach EMAS III.



NACHHALTIGKEITSMARKETING UND -KOMMUNIKATION

Es geht um die Analyse des Handlungsrahmens und der Handlungsmöglichkeiten saarländischer Umweltpolitik: Ziel ist es, trotz unterschiedlicher Interessen und Werte sowie knapper Mittel einen konsensfähigen Handlungskorridor für eine nachhaltige Umweltpolitik zu eröffnen. Daraus ergeben sich Arbeits- und Themenschwerpunkte des Umweltministeriums. Ziel ist eine klare Nachhaltigkeits-Profilierung des Ministeriums nach innen und nach außen. Das strategische Marketing entwickelt Informations- und Akzeptanzmaßnahmen für die wesentlichen Handlungsfelder, Zielgruppen und Akteure in Entscheidungsprozessen. Die Kommunikation nach außen unterstützt den Transfer der Politik-Konzepte in Netzwerke und Gremien. Die außenwirksame Darstellung der zentralen Leitlinien, Botschaften und Projekte durch Auftritte, Events, Publikationen, Kongresse, Internetauftritte usw. für die Entscheider und Multiplikatoren als Ergänzung der tagesaktuellen Pressearbeit. Wichtig auch die Kommunikation nach innen, um abteilungsübergreifende Synergien herzustellen und zur Mitarbeitermotivation beizutragen.

INTEGRATION DER UMWELTPOLITIK IN ANDERE POLITIKFELDER

Der Schutz von Natur und Umwelt sowie eine nachhaltige Energie- und Verkehrsplanung sind Querschnittsaufgaben und machen eine Integration nachhaltiger Handlungsansätze in andere Politikfelder, aber auch über nationale Grenzen hinweg notwendig. Eine wesentliche Grundlage hierfür bildete das Ressortprogramm Umwelt der Saarland Agenda, das auch mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert worden ist, sowie das momentan sich in Erarbeitung befindende neue Arbeitsprogramm Umwelt.

Bei allen wichtigen politischen Entscheidungen, die der Ministerrat trifft, wird der Aspekt „Nachhaltigkeit“ geprüft und mit berücksichtigt.

Mit den Nachbarländern Frankreich, Luxemburg und Rheinland-Pfalz besteht ein intensiver Kontakt, dessen Ziel der Austausch umweltrelevanter Informationen, aber auch die Durchführung grenzüberschreitender Umwelt- und Naturschutzprojekte ist.

6

CHRONIK ZUM INNERBETRIEBLICHEN UMWELTSCHUTZ

1974	Das saarländische Umweltministerium wird als Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen gegründet.
April 1993	Zur Parkplatzvergabe für Fahrgemeinschaften wird ein Modellversuch durchgeführt.
1996	Eine erste Umweltprüfung in Anlehnung an die EG-VO 1836/93 (EMAS) wird durchgeführt. Bei der Vergabe der Mitarbeiterparkplätze werden auch ökologische Aspekte (Bevorzugung von Fahrgemeinschaften) mit berücksichtigt.
1997	Eine nicht-validierte Umwelterklärung wird veröffentlicht. Zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes bildet sich ein Arbeitskreis Öko-Audit.
1998	Im Ministerium wird ein System zur getrennten Sammlung der Büroabfälle eingeführt.
Anfang 2001	Durchführung der Umweltbetriebsprüfung mit Hilfe eines externen Umweltauditors.
September 2001	Nach Abschluss der Umweltbetriebsprüfung wird im Management Review beschlossen, die erforderlichen Maßnahmen für eine Validierung nach EMAS II durchzuführen. Mit einer ergänzenden Umweltprüfung gemäß EMAS II sollen neben den aktuellen direkten auch die indirekten Umweltauswirkungen dargestellt werden. Ein EMAS-Team bildet sich und tagt seitdem regelmäßig.
Februar 2002	Umweltminister Stefan Mörsdorf setzt neue Umweltleitlinien für das Ministerium für Umwelt in Kraft.
November 2003	Erstmalige Standortregistrierung nach EMAS II und Zertifizierung 14001 : 1996
November 2004	Erste Aktualisierung der Umwelterklärung
November 2005	Zweite Aktualisierung der Umwelterklärung und Zertifizierung 14001 : 2004
November 2006	Revalidierung des Standortes und Rezertifizierung 14001
November 2007	Erste Aktualisierung der Umwelterklärung
November 2008	Zweite Aktualisierung der Umwelterklärung
November 2009	Revalidierung des Standortes und Rezertifizierung 14001 unter Einbeziehung des neuen Standortes für das Landesdenkmalamt in Landsweiler-Reden.
November 2010	Erste Aktualisierung der Umwelterklärung nach EMAS III

Vorbemerkung:

Als direkte Umweltauswirkungen sind die Wirkungen zu verstehen, die sich durch die Tätigkeit des Ministeriums und seiner Mitarbeiter unmittelbar auf die Umwelt ergeben. Wesentlicher sind indessen die so genannten indirekten Umweltauswirkungen: Dabei handelt es sich um die Folgen, die sich aus dem politischen, normativen und administrativen Handeln des Ministeriums ergeben bzw. meist sogar Ziel dieses Handelns sind. Wenn diese erst nach den direkten Umweltauswirkungen dargestellt werden (im Kapitel 7.2), dann geschieht dies lediglich aus systematischen Gründen. Denn eigentlich sind die indirekten Umweltauswirkungen bei einer Behörde, deren Daseinszweck ja ist, die Umweltqualität zu verbessern, viel wichtiger.

Sowohl über die direkten wie auch über die indirekten Umweltauswirkungen führt das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr ein Verzeichnis, in dem die umweltrelevanten Tätigkeiten und Dienstleistungen ermittelt, in einer Matrix dargestellt und bewertet werden. Bei der Bewertung werden dabei folgende Kriterien heran gezogen:

- Rechtsrelevanz,
- Risikopotenzial,
- Ressourcenverbrauch (Input),
- Emissionen (Abluft, Abwasser, Abfall) (Output),
- Beschwerden (Nachbarn, Partner),
- Umsetzbarkeit (Realisierungspotenzial).

Im Folgenden stellen wir die wesentlichen Umweltaspekte sowohl direkter wie indirekter Art dar.

7.1. DIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die neue EMAS III-Verordnung fordert für direkte und wesentliche Umweltauswirkungen eine Quantifizierung mittels sogenannter Kernindikatoren (KI) nach dem Prinzip „Spezifische Umweltauswirkung pro Mitarbeiter“

Das bedeutet für das MUEV konkret:

- Kernindikatoren 1, 2: **Energie**
- Kernindikator 3: **Material (Papier)**
- Kernindikatoren 4, 5: **Emissionen**

Nicht berücksichtigt – aufgrund nicht vorhandener Wesentlichkeit – wurden Kernindikatoren zu Abfall (fast keine gefährlichen Abfälle, für andere Abfälle – außer Altpapier – Gewichte nicht ermittelt) und Wasser (relativ gering) sowie zu bebauter Fläche (da Gebäude nicht ausschließlich durch MUEV genutzt).

KERNINDIKATOREN		EINHEIT	2006	2007	2008	2009
A-1	Kernindikator Energieeffizienz 1 (ges. Energieverbrauch/Mitarbeiter) <i>hier: Strom, Wärme, Kraftstoffe</i>	MWh/MA	6,10	6,31	6,27	6,03
A-2	Kernindikator Energieherkunft 2 (Anteil Erneuerbare Energien an Strom/ Wärme)	%	2,95	3,24	5,34	3,28
A-3	Kernindikator Materialeffizienz (Papierverbrauch/Mitarbeiter)	t/MA	0,032	0,034	0,036	0,029
A-4	Kernindikator Emissionen 1 (ges. Treibhausgase ¹ /Mitarbeiter) <i>hier: Kraftstoffe</i>	t CO ₂ eq/MA	0,194	0,192	0,192	0,162
A-5	Kernindikator Emissionen 2 (gesamte Luft-Emissionen ² /Mitarbeiter)	kg/MA	0,235	0,236	0,166	0,210

Berechnung der Werte mittels gemis 4.6 (UBA)

¹ Treibhausgase mit CO₂, CH₄, und N₂O. Keine Berechnung von SF₆, Hydrofluor – oder Perfluorkohlenwasserstoffen, da sie durch unsere Tätigkeiten nicht entstehen.

² Luft-Emissionen mit SO₂, NO_x und Feinstaub

7.1.1. STANDORT SAARBRÜCKEN

Auf den ersten Blick verursacht ein Ministerium als Verwaltungsbehörde keine gravierenden direkten Auswirkungen auf die Umwelt. Doch bei genauerem Hinsehen wirken die Aktivitäten des Ministeriums sich in vielfältiger Art und Weise auf die Umwelt aus. Bereits der reine Verwaltungsbetrieb hat direkte Umweltauswirkungen: Die Mitarbeiter verbrauchen Strom, Wasser und Heizenergie, sie verursachen Abfälle und nicht unerhebliche Emissionen durch die tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz und für Dienstfahrten. Daneben verbraucht ein Ministerium in erheblichem Maße Papier und andere Büromaterialien.

Nachfolgende Tabelle gibt Aufschluss über die durch den reinen Dienstbetrieb verursachten Umweltauswirkungen.

Tätigkeit	Umweltaspekt	Umweltauswirkung
Bürobetrieb	Büroausstattung	Ressourcenverbrauch
	Büromaterial	Ressourcenverbrauch
	Papier	Ressourcenverbrauch
	Abfälle	Wirkung auf Boden, Luft, Wasser Ressourcenverbrauch
	Strom Emissionen	Treibhauseffekt, Luftverschmutzung
Dienstreisen	Energie Emissionen	Ressourcenverbrauch Treibhauseffekt, Luftverschmutzung
	Gebäudeunterhalt	Energie Emissionen
Reinigungsmittel		Ressourcenverbrauch
Abfall		Wirkung auf Boden, Luft und Wasser
Wasserverbrauch		Ressourcenverbrauch
Abwasser		Wasserverunreinigung

Die Stoffströme sind dabei selbst in einem vergleichsweise kleinen Haus wie dem saarländischen Umweltministerium mit 269 Beschäftigten (davon 23 im LDA, Stand Ende 2009) erstaunlich groß. Vor allem bei Produkten, die einen großen ökologischen Fußabdruck verursachen – wie dies etwa bei Papier, Strom und motorisiertem Individualverkehr der Fall ist, sind die direkten Umweltauswirkungen bei näherer Betrachtung keineswegs vernachlässigbar.

Diese direkten Umweltauswirkungen kann das Ministerium mehr oder weniger gut beeinflussen: Papier- und Stromverbrauch können beispielsweise durch technische Maßnahmen reduziert werden. Dagegen ist es sehr viel schwieriger, die Mitarbeiter dazu zu bewegen, statt mit dem Auto mit Bus oder Bahn zur Arbeitsstätte zu kommen oder zumindest Fahrgemeinschaften für die tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz zu bilden. Voraussetzung zur Erfassung und kontinuierlichen Reduzierung dieser direkten Umweltauswirkungen ist ein funktionierendes Umweltmanagementsystem.

7.1.2 LANDESDENKMALAMT (LDA)

Tätigkeit	Stoff / Wasser / Energie (Input)	Emissionen (Output)	Relevanz*
Werkstatt (Restaurator) mit Nebenraum; Schlosserei	Einsatz v. Gefahrstoffen, Wasser/Energie gering	Absaugung von mineral-ischen Staubpartikeln; Lärm durch Absaugung sowie Kompressor und Sandstrahlen	B
Holzbearbeitung	keine regelmäßigen Arbeiten; faktisch keine Harthölzer; Energie gering	Holzstaub über Absauganlage; Lärm durch Bearbeitung	C
Betrieb der Entsalzungsanlage	Salze und Säuren/Laugen Strom	Altbad mit Salzfracht (basischer pH, ca. 12-14) als flüssiger Abfall	B
Lagerung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (Kleinmengen)	Kraftstoffverbrauch für An- und Abtransporte	Verbrennungsabgase Verpackungsabfall	B
Außendienst	Einsatz von Dienstfahrzeug (Kraftstoff); selten Transport von Gasflaschen (11kg)	Verbrennungsabgase	C
Büroarbeiten Archiv	Papier, sonstige Büromaterialien (incl. Fax und Kopierer); Strom, Heizenergie	Haushaltsähnliche Abfälle Verbrennungsabgase	C

*A: hohe Umwelrelevanz (UR), B: mittlere UR, C: geringe UR

Als Gefahrstoffe werden eingesetzt: verschiedene Säuren/Laugen, Löse- und Konservierungsmittel, Kleber, Lacke, Farbpigmente und sonstige Laborchemikalien zur Bearbeitung von Fundstücken. Die Mitarbeiter sind im Umgang mit diesen Stoffen geschult; erforderliche Betriebsanweisungen liegen vor. Die Lagerung erfolgt in einem Sicherheitsschrank bzw. in einem separaten Gefahrstoffraum. Sofern Arbeiten durchgeführt werden, bei denen Dämpfe oder Stäube entstehen, werden diese an den jeweiligen Absaugvorrichtungen durchgeführt.

Zur Konservierung können Fundstücke in einem Entsalzungsbad (pH 14) behandelt werden. Das verbrauchte Bad wird in einem Tank gesammelt und fachgerecht entsorgt. Holz- und Metallarbeiten fallen selten an und werden in den dafür vorgesehenen Arbeitsräumen durchgeführt. Holzstaub wird über eine mobile Anlage abgesaugt. Sonstige Vorkehrungen sind nicht erforderlich. Der Standort in Landsweiler-Reden wurde hinsichtlich einer möglichen Altlastbelastung überprüft. Das Ergebnis war negativ, also keine Kontaminationsgefährdung.

Wichtige Kennzahlen im Überblick

Drei Dienstgebäude mit insgesamt 7.627 Quadratmetern Nutzfläche in Saarbrücken an den Standorten Keplerstraße 18 bzw. Gutenbergstraße 28 (ein Gebäudekomplex), Keplerstraße 21 und Saaruferstraße (bis 31.12.2005 vier Dienstgebäude mit rund 6.000 Quadratmetern Nutzfläche in Saarbrücken). Das vierte Dienstgebäude in Landsweiler-Reden hat eine Nutzfläche von 1.560 Quadratmetern. Beschäftigte insgesamt 269 (Stand Ende 2009, inklusive Teilzeitbeschäftigte).

Die folgenden Angaben zu Verbräuchen und Emissionen basieren auf umfangreichen Erhebungen, die regelmäßig für die wichtigsten Energie- und Stoffströme im Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr erhoben und im EMAS-Team erörtert werden. Die meisten Daten werden derzeit noch „händig“, also nicht automatisiert erhoben. Die Datenbasis im Hinblick auf die Stoff- und Energieströme ist insgesamt bereits sehr gut; so lässt sich beispielsweise aus den Fahrtenbüchern sogar der spezifische Treibstoffverbrauch für jedes einzelne Dienst-Kfz ermitteln. Da es sich um die Verbräuche und Emissionen von 2009 handelte, können die Mitarbeiter, die ihr Büro im Gebäude Keplerstraße 21 haben, noch nicht gesondert berechnet werden.

7.1.3. VERSIEGELUNG UND ALTLASTEN

Alle drei vom Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr in Saarbrücken benutzten Gebäude liegen innerstädtisch und weisen daher naturgemäß einen hohen Versiegelungsgrad auf. Am Standort Keplerstraße 18 sind 65,5% der Grundstücksfläche versiegelt. Allerdings hat das Gebäude in der Keplerstraße ein zumindest teilweise begrüntes Dach, das den hohen Versiegelungsgrad etwas relativiert. Der Grad der Bodenversiegelung in der Saaruferstraße ist nicht exakt bekannt, da dieses Gebäude nur angemietet ist. Er dürfte jedoch ebenfalls sehr hoch liegen. Das Verwaltungsgebäude Reden weist mit 19,8% einen erfreulich niedrigen Versiegelungsgrad auf. Aufgrund des zum Grundstück gehörenden großen Parks weist auch der Standort Keplerstraße 21 einen geringen Versiegelungsgrad auf.

Um die Beeinträchtigungen des städtischen Ökosystems durch die hohe Versiegelung zumindest etwas abzumildern, wurden vor dem Hauptgebäude in der Keplerstraße Bäume gepflanzt. Die dort vorhandene Grünfläche wird als Blumenwiese bewirtschaftet und daher nur wenige Male im Jahr gemäht. Im Hofbereich wurden am Standort Keplerstraße außerdem Nistkästen (Halbhöhlen und Höhlen) angebracht, um zusätzliche Nistmöglichkeiten für Singvögel zu schaffen. Hinweise auf mögliche Altlasten im Boden liegen für keinen der Standorte vor.

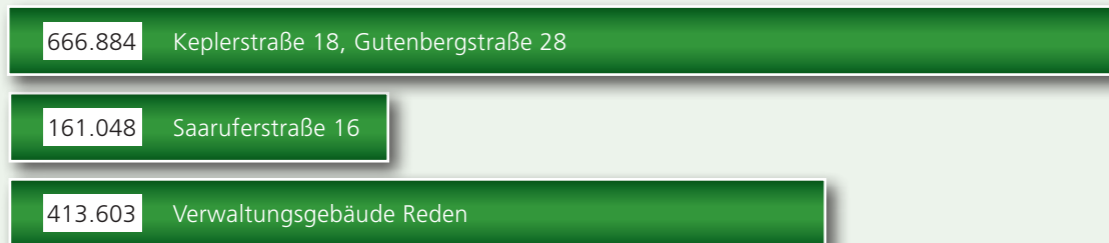
7.1.4. RAUMWÄRME

Die Standorte in Saarbrücken sind an die Fernwärmeschiene Saar angeschlossen, so dass sich eine vergleichsweise günstige CO₂-Bilanz je verbrauchter Kilowattstunde Wärmeenergie ergibt. Der Wärmebedarf in den Dienstgebäuden lag in den vergangenen Jahren bei einem für Verwaltungsgebäude guten Wert von knapp über 100 kWh pro Quadratmeter und Jahr.

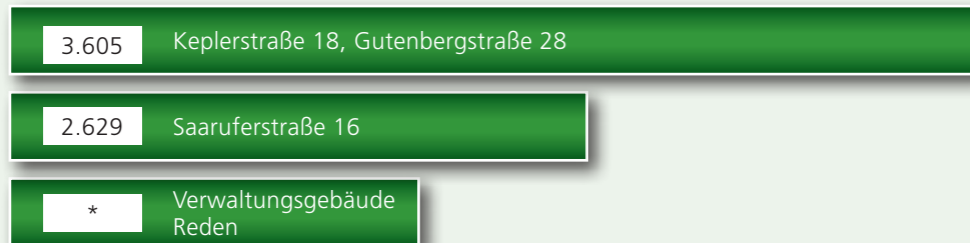
FERNWÄRMEVERBRAUCH DER LIEGENSCHAFTEN 2009

(Zahlen witterungsbereinigt)

Fernwärmeverbrauch in kWh

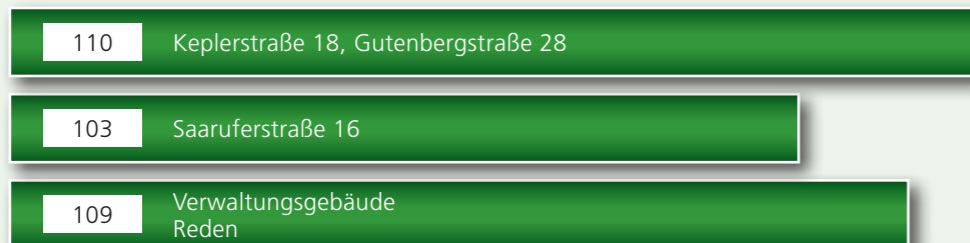


Fernwärmeverbrauch in kWh pro Mitarbeiter

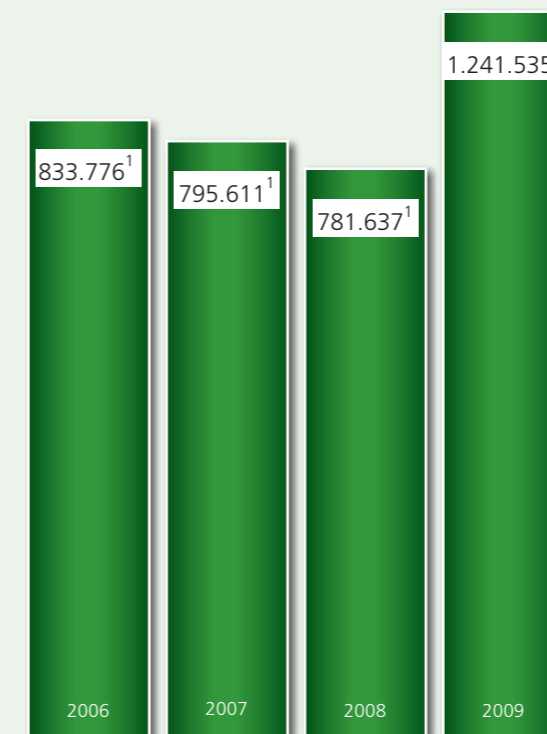


* Beim Verwaltungsgebäude Reden wird auf die Ermittlung des Wärmeverbrauchs pro Mitarbeiter verzichtet, da der Verbrauch durch die großen Flächen (Werkstatt, Bibliothek, Archiv) in keinem Verhältnis zum Verbrauch pro Mitarbeiter stehen.

Fernwärmeverbrauch in kWh pro m²

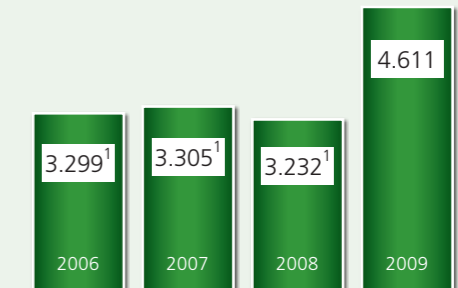


FERNWÄRMEVERBRAUCH IN KWH PRO JAHR (Zahlen witterungsbereinigt)



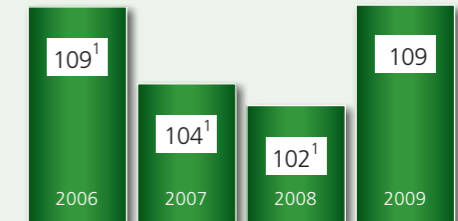
¹ Geändert gegenüber UE 2009: korrigierte WB | ² Seit 2009 mit LDA

Wärmeverbrauch in kWh pro Mitarbeiter



¹ Geändert gegenüber UE 2009: korrigierte WB

Wärmeverbrauch in kWh pro m²



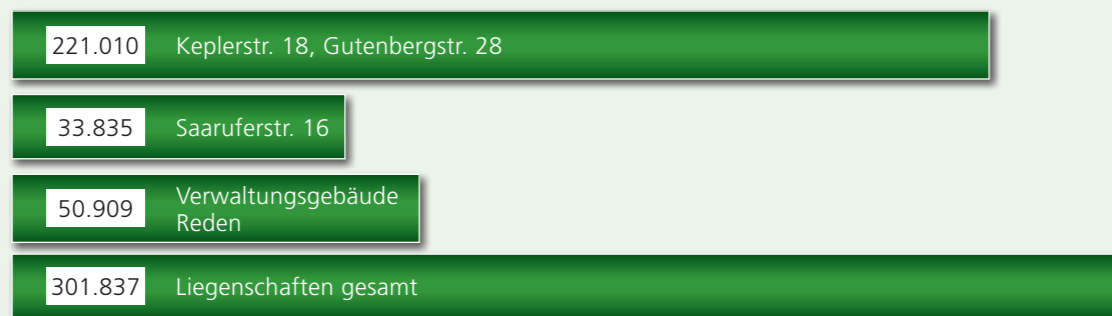
¹ Geändert gegenüber UE 2009: korrigierte WB

7.1.5. STROM

Strom wird im Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr für die unterschiedlichsten Zwecke verbraucht. Er dient insbesondere der Raumklimatisierung (Keplerstraße, allerdings nur teilweise), dem Betrieb der technischen Bürogeräte (Computer, Bildschirme, Drucker etc.), der Raumbeleuchtung, dem Betrieb des Aufzugs (Keplerstraße, Saaruferstraße) sowie der dezentralen Warmwasserbereitung (Warmwasserspeicher).

In den letzten Jahren konnte der Stromverbrauch bis auf 26 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr 2009 sukzessive reduziert werden. Die Ursache hierfür liegt in technischen und organisatorischen (Verhaltens-) Änderungen. Technische Maßnahmen wurden auf Grund einer durchgeführten Stromanalyse bis Mitte 2005 realisiert. So wurde u. a. die Kältemaschine mit einem Zeitprogramm ausgestattet, der Rotationswärmetauscher wurde in den Kühlbetrieb eingebunden und eine Optimierung bei der Programmierung des Wärme- und des Kältekreislaufes vorgenommen.

STROMVERBRAUCH 2009 IN KWH



Stromverbrauch in kWh pro Mitarbeiter



* Beim Verwaltungsgebäude Reden wird auf die Ermittlung des Stromverbrauchs pro Mitarbeiter verzichtet, da der Verbrauch durch die großen Flächen (Werkstatt, Bibliothek, Archiv) nicht vergleichbar zum Standort Saarbrücken ist.

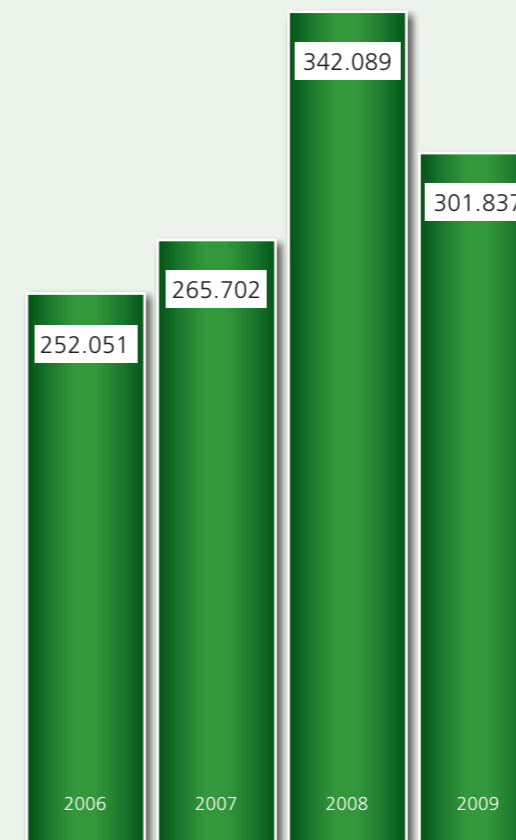
Stromverbrauch in kWh pro m²



Das Potenzial zur Reduzierung des Stromverbrauchs durch andere, einfach durchzuführende Maßnahmen ist jedoch weitgehend ausgeschöpft. So sind beispielsweise über 90 % der Brennstellen mit Energiesparlampen ausgestattet. Ein gewisses Potenzial an Einsparmöglichkeiten wird noch bei der technischen Büroausstattung gesehen. So werden bei notwendigen Neuanschaffungen von Bildschirmen nur noch Flachbildschirme beschafft, deren spezifischer Stromverbrauch unter dem von Röhrenbildschirmen liegt.

Weil Strom eine Edelenergie ist, der je verbrauchter Kilowattstunde Strom ein rund drei Mal so großer Primärenergieverbrauch (im Saarland vor allem Kohle) gegenüber steht und weil der Stromverbrauch sehr stark zu den Gesamt-CO₂-Emissionen des Systems „Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr“ beiträgt, wird der Reduzierung des Stromverbrauchs eine besondere Priorität eingeräumt.

STROMVERBRAUCH IN KWH PRO JAHR*

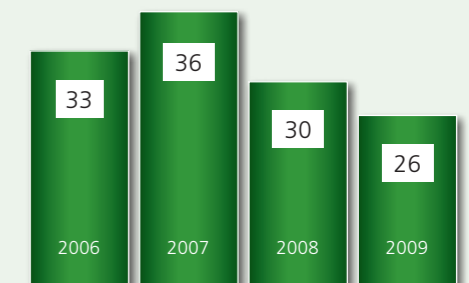


* Ab 2008 mit Landesdenkmalamt

Stromverbrauch in kWh pro Mitarbeiter



Stromverbrauch in kWh pro m²

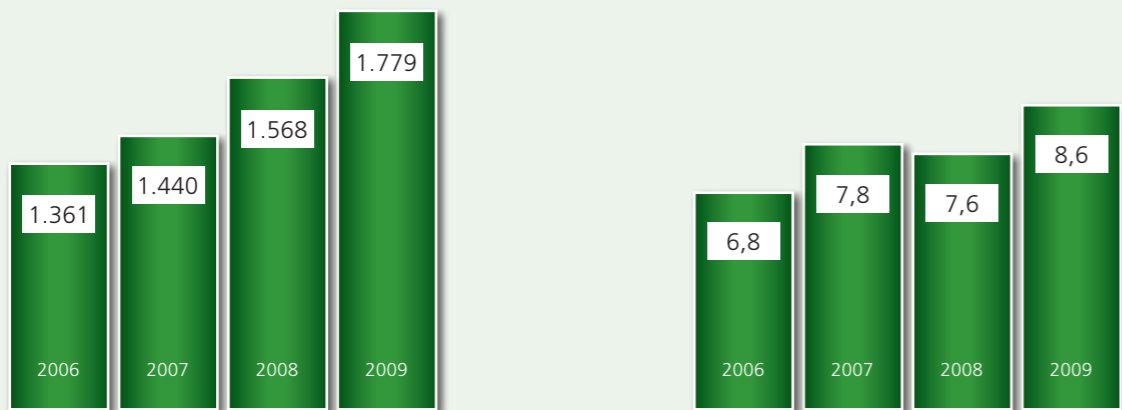


7.1.6. WASSER

Wasser wird im Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr vor allem für hygienische Zwecke (Toiletten, Reinigung) sowie in geringem Umfang als Lebensmittel (Kaffeebereitung) eingesetzt. Wasser ist eine Ressource, die sich ständig erneuert und im Saarland in hervorragender Qualität (ausschließlich Grundwasser) mehr als ausreichend vorhanden ist. Das ökologisch nachhaltig nutzbare Grundwasserdargebot liegt – bei tendenziell immer noch leicht zurückgehendem Verbrauch – im Saarland gut 40 % über der jährlichen Nutzung.

Seit 2006 stieg der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Mitarbeiter an. Bisher konnte der Anstieg des Wasserverbrauchs trotz mehrfacher Wasserabsperungen nicht geklärt werden. Leckagen sind nicht nachweisbar. Im Rahmen der Trennung von Trink- und Feuerwehrleitung werden Ende 2011 alle Wasserleitungen im Dienstgebäude Keplerstraße 18 überprüft.

WASSERVERBRAUCH IN M³ PRO JAHR*



Wasserverbrauch in m³ pro Jahr

Wasserverbrauch in m³ pro Mitarbeiter

* Ohne Gebäude Saaruferstraße, da in Nebenkostenpauschale enthalten. Ab 2008 mit Landesdenkmalamt.

7.1.7. PAPIER

Papier ist ein Produkt von hoher ökologischer Relevanz, da bei seiner Herstellung große Mengen Holz eingesetzt und beim Herstellungsprozess selbst große Mengen Wasser, Energie und Chemikalien benötigt sowie beträchtliche Emissionen verursacht werden. Gleichzeitig gehört Papier zu jenen Produkten, deren Verbrauch seit Jahren weltweit stark steigt. Fachleute gehen davon aus, dass angesichts dieses steigenden Papierverbrauchs der für die Papierherstellung notwendige nachwachsende Rohstoff Holz schon bald nicht mehr nachhaltig aus Natur- oder Wirtschaftswäldern zur Verfügung gestellt werden kann.

Für ein Umweltministerium ist Papier des Weiteren auch ein Medium, mit dem es nach außen Zeichen setzen kann, etwa durch sparsamen Umgang oder durch konsequente Verwendung von Recyclingpapier.

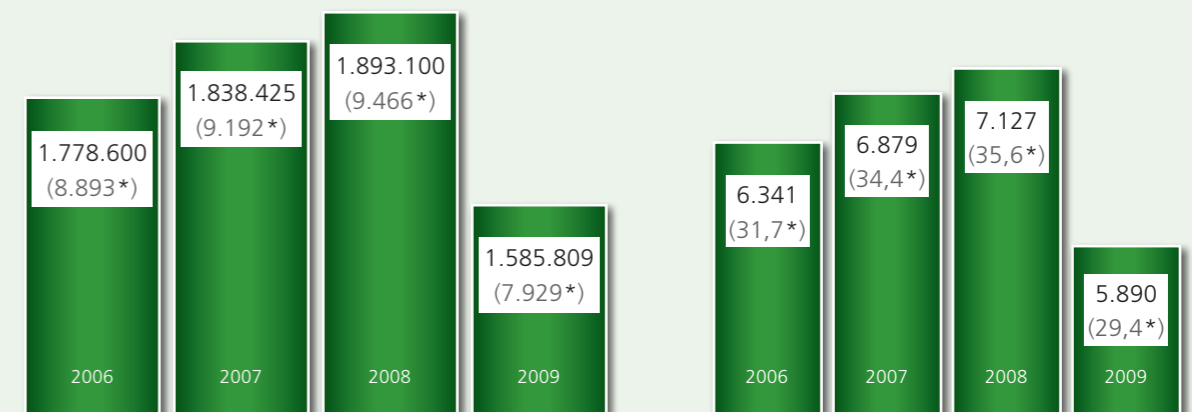
Das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr misst daher – in Anlehnung an entsprechende Empfehlungen und Untersuchungen des Umweltbundesamtes – dem Papierverbrauch und der Verwendung weniger umweltbelastender Papiersorten im Rahmen des betrieblichen Umweltschutzes ein ganz besonderes Gewicht zu!

Beim Papierverbrauch durch das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr sind zwei Bereiche zu unterscheiden: Papier, das als Büro- oder Geschäftspapier zum Einsatz kommt und Papier, das zum Druck der Broschüren, Flyer etc. im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit als Druckpapier benötigt wird.

Weil es eine deutlich bessere Ökobilanz aufweist als aus frischen Fasern hergestelltes, holzfreies Papier kommt im Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr grundsätzlich Recyclingpapier zum Einsatz. 1999 wurde beispielsweise die gesamte Broschürenproduktion auf 100 % Recyclingpapier umgestellt. Daneben wurden die Auflagen der jeweiligen Publikationen strikt dem jeweiligen Bedarf angepasst und die bislang übliche „Überproduktion“ von Broschüren mit umfangreicher Lagerhaltung abgestellt. Bei den Druckaufträgen wird den Druckereien die Verwendung des gewünschten Papiers (in aller Regel Recystar) verbindlich vorgeschrieben. Daneben wird darauf geachtet, dass die geringstmögliche Grammaturn gewählt wird, um den Papierverbrauch mengenmäßig noch weiter zu drücken. Wenn dies wirtschaftlich vertretbar ist, werden Druckaufträge bevorzugt an Druckereien vergeben, die nach EMAS validiert sind und beim Umweltpakt Saar mitmachen.

Im Bereich der Büro- und Druckerpapiere sowie der Kopfbögen wird vorwiegend (presseweißes) Recyclingpapier mit dem Umweltzeichen Blauer Engel und teilweise weiteren Umweltzeichen eingesetzt. Allerdings wird für bestimmte Anwendungen (z.B. Plotter für Kartenausdrucke) nach wie vor weißes, chlorfrei gebleichtes Papier aus Frischfasern benötigt. Als Hygienepapier werden ausschließlich Produkte beschafft, die aus 100 % Altpapier hergestellt und mit Blauem Engel versehen sind.

PAPIERVERBRAUCH IN BLATT PRO JAHR/(KG*)



Büropapier/(kg*)

pro Mitarbeiter nur Büropapier/(kg*)

* geschätzt anhand der durchschnittlichen Grammaturn (5 g/Blatt)

Die großen Schwankungen beim Papierverbrauch erklären sich dadurch, dass nicht der tatsächliche Jahresverbrauch erfasst wird, sondern die im jeweiligen Jahr beschaffte Menge. Änderungen des Lagerbestandes bleiben unberücksichtigt. 2009 wurde im Gegensatz zu den Vorjahren ein deutlicher Rückgang des Papierverbrauches registriert.

Entwicklung Recyclingquote

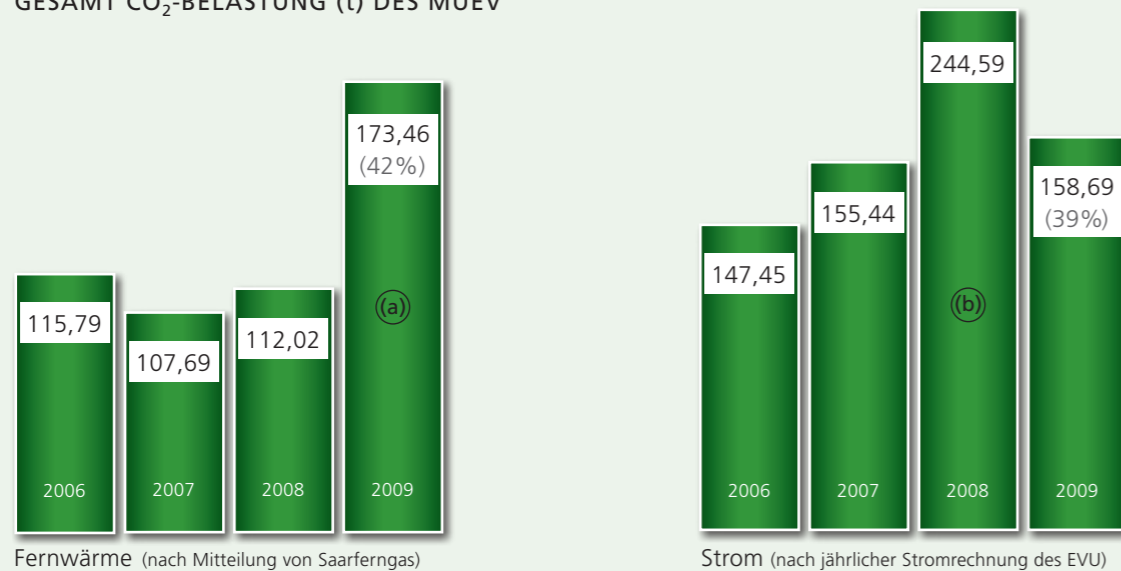
Sehr erfreulich ist die Entwicklung der Recyclingquote beim Papierverbrauch. Nachdem bereits 2003 das ursprüngliche Ziel eines Anteils an Recyclingpapier in Höhe von 90 % bis 2005 erreicht war, stieg die Quote bis zum Zieljahr 2005 sogar auf über 99%! Eine weitere Steigerung war angesichts dieser extrem hohen Quote nicht erreichbar. Die Erhöhung der Anzahl der Landtagsfraktionen nach der Landtagswahl 2004 von zwei auf vier führte in diesem Segment zu einem erhöhten Papierbedarf. Das Thema Papierverbrauch bleibt trotz beachtlicher Erfolge auch weiterhin ein Dauerthema beim innerbetrieblichen Umweltschutz.

7.1.8. EMISSIONEN

Emissionen als direkte Umweltauswirkungen der Tätigkeit des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr entstehen insbesondere durch den Verbrauch von Raumwärme und Strom sowie durch die arbeitsplatzbedingte Mobilität der Beschäftigten (täglicher Arbeitsweg und Dienstfahrten). Während sich die CO₂-Emissionen aus dem Verbrauch von Raumwärme und Strom leicht berechnen lassen, lassen sich bei der arbeitsplatzbedingten Mobilität derzeit lediglich die Emissionen durch Dienstfahrten genau ermitteln.

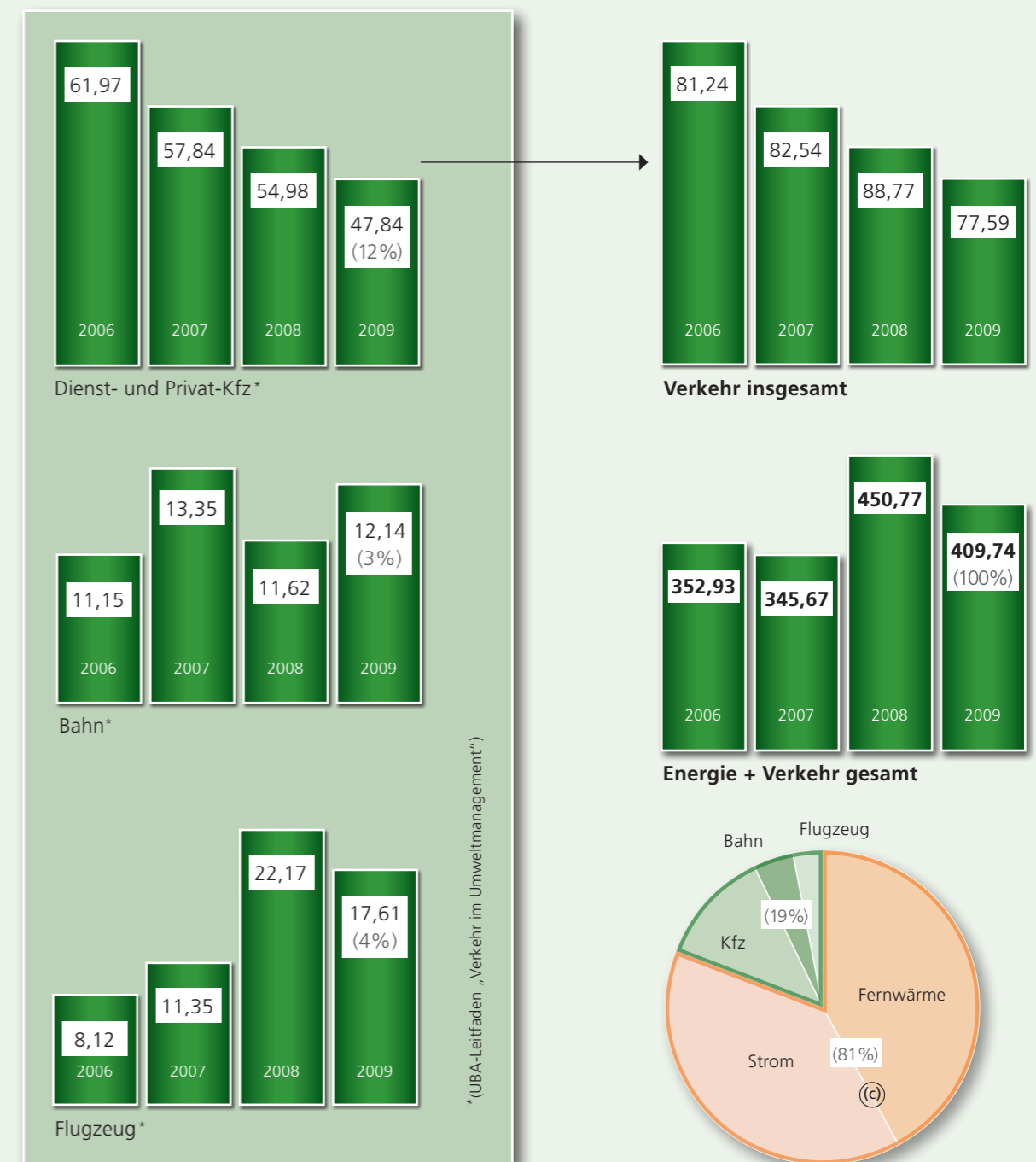
Die durch den Gebrauch von Dienst-Kfz verursachten Emissionen dürften in den nächsten Jahren bezogen auf den zurückgelegten Kilometer weiter sinken, da der Fuhrpark sukzessive auf verbrauchs- und schadstoffarme Fahrzeuge umgestellt wird.

GESAMT CO₂-BELASTUNG (t) DES MUEV



Anmerkungen:

- (a) Der hohe Fernwärmewert in 2009 ist dadurch bedingt, dass der Verbrauchswert des LDA hinzugenommen wurde.
- (b) Der hohe CO₂-Wert für Strom in 2008 ist vor allem durch die Bauarbeiten am Gebäude Keplerstraße 18 bedingt; zudem macht sich bemerkbar, dass der Anteil an Erneuerbaren Energien im Strommix steigt und somit die CO₂-Belastung abnimmt.
- (c) Anteilsmäßig stellen Fernwärme und Strom mit insgesamt 81% die Hauptverursacher für CO₂-Emissionen dar; der Verkehr verursacht 19% (Kfz: 12%; Flug: 4%; Bahn: 3%).



7.1.9. MOBILITÄT

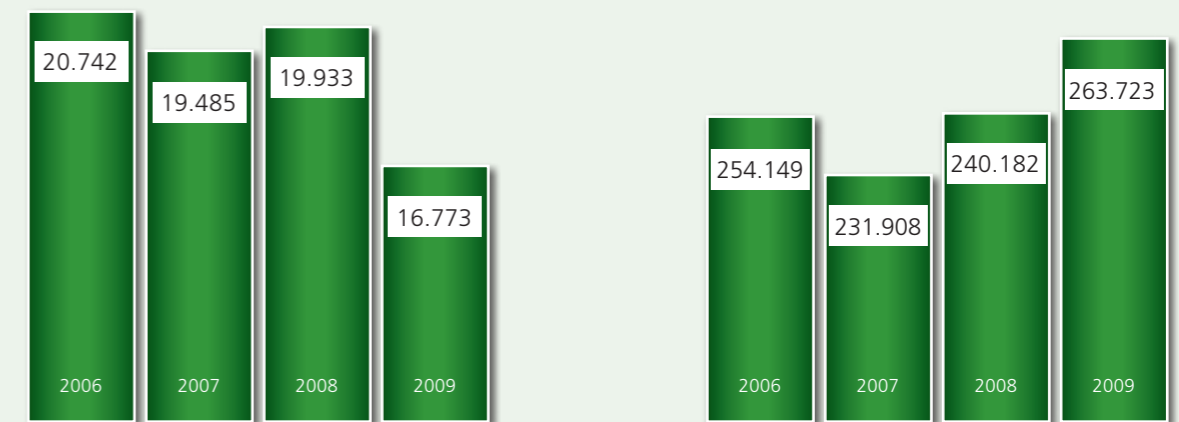
Bei den Umweltauswirkungen durch die arbeitsplatzbedingte Mobilität der Mitarbeiter sind zwei Formen zu unterscheiden: der tägliche Arbeitsweg und die Dienstfahrten. Genaue Angaben über die Wahl des Verkehrsmittels, das die Mitarbeiter für die tägliche Hinfahrt zum und die Rückfahrt vom Arbeitsplatz wählen, liegen aktuell nicht vor. Allerdings lässt sich aus mehreren Gründen vermuten, dass die durch den täglichen Arbeitsweg bedingten direkten Umweltauswirkungen erheblich sind. So benutzt ein großer Teil der Mitarbeiter das Auto für die Fahrt zur Arbeit; die Anreisewege sind hierbei teilweise beträchtlich. Bei der Vergabe der derzeit noch kostenlos zur Verfügung gestellten Parkplätze wird Mitarbeitern, die Fahrgemeinschaften haben, Vorrang eingeräumt.

Das durch Dienstfahrten bedingte Verkehrsaufkommen lässt sich durch eine gute Datenbasis (Genehmigungspflicht von Dienstreisen, Fahrtenbücher bei den Dienst-Kfz u. a.) sehr gut errechnen. Von den im Jahr 2006 dienstlich zurückgelegten 605.462 Kilometern wurden 247.740, also 41 %, vergleichsweise umweltfreundlich mit der Bahn zurückgelegt. Durch die mit der Eingliederung des Landesdenkmalamtes gestiegene Anzahl an Mitarbeitern ist die Gesamtzahl an zurückgelegten Kilometern im Jahr 2009 auf 672.709 Kilometern gestiegen. Trotz einer Steigerung der Bahnkilometer auf 269.853 ist der prozentuale Bahnanteil bei knapp 40 % relativ konstant geblieben. Im gleichen Zeitraum ist erfreulicherweise der Anteil an Kilometern mit Dienst-Kfz von 53 % auf 47 % zurückgegangen. Der Anteil der mit dem Flugzeug zurückgelegten Kilometer ist von 6 % im Jahr 2006 auf 13 im Jahr 2009 gestiegen, was mit der unvermeidlichen Zunahme an Berlin-Flügen zu begründen ist. Bei Dienstreisen außerhalb des Saarlandes ist grundsätzlich die Bahn zu benutzen; Ausnahmen ergeben sich lediglich dann, wenn Termingründe die Wahl des Flugzeugs zwingend erscheinen lassen oder Zielorte besucht werden, die mit der Bahn nur schlecht oder gar nicht erreichbar sind. Da seit Juli 2010 die Regionalzüge im Saarland mit Ökostrom angetrieben werden, bedeutet die Nutzung der Bahn bei Dienstreisen innerhalb des Saarlandes eine doppelte ökologische Entlastung. Für Dienstreisen innerhalb der Stadt Saarbrücken stehen seit Juli 2010 zwei Pedelecs (Elektrorad, dessen elektrische Fahrunterstützung nur durch Treten der Pedale abgefordert werden kann) als Dienstfahräder zur Verfügung.

Hinzuweisen ist auf die Annahme, dass die zurückgelegte Kilometerleistung in den kommenden Jahren eher leicht zunehmen wird. Gründe sind eine immer stärkere europäische Zusammenarbeit, aber auch die Verlagerung von Abteilungen des Bundesumweltministeriums und der entsprechenden Gremien nach Berlin. Derzeit sind die wesentlichen Abteilungen des Bundesumweltministeriums noch in Bonn angesiedelt.

Um den Flottenverbrauch der Dienstwagen zu senken wurde ein sparsames Hybridfahrzeug (Toyota Prius), emissionsarme Erdgasfahrzeuge (Opel Zafira und Opel Combo) sowie sparsamere Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter angeschafft. Eine Senkung des Flottenverbrauchs konnte bis 2008 nicht erzielt werden. In 2009 wurde der Flottenverbrauch erheblich von 8,3 auf 6,3 l gesenkt.

KRAFTSTOFF- UND FLOTTENVERBRAUCH (EIGENER FUHRPARK)



Kraftstoffverbrauch (Diesel u. Benzin) in Liter (l)

Zurückgelegte Strecke in Kilometer (km)



Durchschnittsverbrauch (l/100 km)

Während die dienstlich zurückgelegten Kilometer insgesamt und in ihrer spezifischen Verteilung auf die einzelnen Verkehrsmittel gut dokumentiert werden können, sind die direkten Umweltauswirkungen der Mobilität der Mitarbeiter zum und vom Arbeitsplatz derzeit kaum zu quantifizieren. Die durch die Fahrt zum Arbeitsplatz verursachten Emissionen und der dadurch bedingte Kraftstoffverbrauch dürften allerdings deutlich über den durch dienstliche Fahrten verursachten direkten Umweltauswirkungen liegen. Dies lässt sich aus den Ergebnissen zweier Studien zur Verkehrsmittelwahl der Mitarbeiter aus den Jahren 1995 und 1999 ableiten. Danach benutzten 56 % (1995) bzw. 75 % (1999) der Befragten (jeweils bezogen auf die Rückläufe der Fragebögen) das Auto für die Fahrt zum Arbeitsplatz. Das im Jahr 2007 eingeführte Jobticket wirkt sich auf die direkten Umweltauswirkungen der Mobilität der Mitarbeiter zum und vom Arbeitsplatz sehr positiv aus. Im Jahr 2008 erhöhte sich die Anzahl der Nutzer von 26 um erfreuliche 37 auf insgesamt 63. Durch den Regierungswechsel 2009 hat sich die Ressort-Zuordnung der einzelnen Ministerien geändert, so dass zum Jahresende 2009 kein sinnvoller Vergleich mit der Anzahl an Jobticket-Nutzern aus dem Vorjahr gezogen werden kann.

DIENSTREISEN (ZURÜCKGELEGTE STRECKE IN KM PRO JAHR)

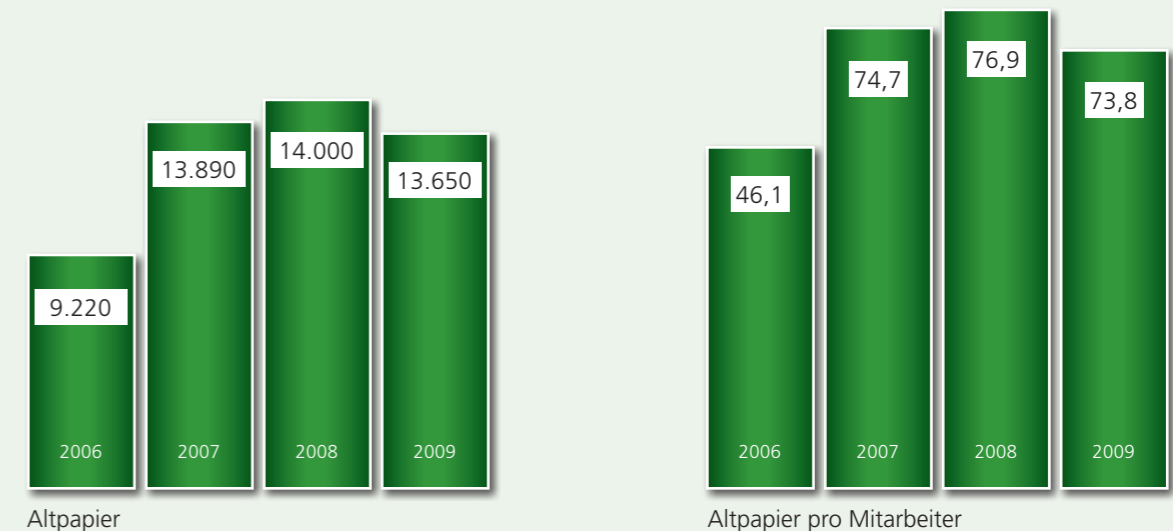


7.1.10. ABFALLAUFKOMMEN

Das Abfallwirtschaftskonzept des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr basiert auf den Grundsätzen „Vermeiden vor verwerten“ und „Verwerten vor entsorgen“. Nach diesen Grundsätzen werden beispielsweise Getränke für den Sitzungsbetrieb nur in Mehrwegflaschen gekauft. Für batteriebetriebene Geräte (wie etwa Digitalkameras) werden in aller Regel wiederaufladbare Lithium-Metallhydrid-Akkus statt Einweg-Batterien beschafft.

Die beim Verwaltungsbetrieb entstehenden hausmüllähnlichen Abfälle werden streng nach Fraktionen getrennt erfasst, nach Möglichkeit der Wiederverwertung zugeführt oder ordnungsgemäß als Restmüll entsorgt. In der Keplerstraße 18 stehen in jeder räumlich abgegrenzten Arbeitseinheit Sammelgefäße für die sortenreine Trennung der verschiedenen Abfallfraktionen (Grüner Punkt, Bioabfall, Papier, Glas, Restmüll) zur Verfügung. Leuchtstoffröhren werden über den Wertstoffhof der ZKE (Zweckverband Kommunale Entsorgung) ordnungsgemäß entsorgt; Elektronikschrott über Fachfirmen. Wertstoffe und Restmüll werden für die Gebäude Keplerstraße und Saaruferstraße durch die ZKE entsorgt. In der Saaruferstraße 16 ist das Sammeln des Bioabfalls inzwischen eingeführt (Mietobjekt).

ABFÄLLE¹ (KG) PRO JAHR



¹ ohne Landesdenkmalamt und die Saaruferstraße (keine Angaben verfügbar, da keine Aufschlüsselung durch Vermieter)

Das Abfallaufkommen im Bereich Papierabfälle ist 2009 auf 13.650 Kilogramm gesunken. Die direkten Umweltauswirkungen werden insgesamt mit einer mittleren Relevanz bewertet, da sie gemessen an Kriterien wie Risikopotenzial, Ressourcenverbrauch und Emissionen vergleichsweise unproblematisch sind.

**7.2. UMWELTZIELE DES MINISTERIUMS FÜR UMWELT, ENERGIE UND VERKEHR
 IM RAHMEN DES EMAS-PROZESSES**

Für den dreijährigen Validierungszyklus haben wir uns 2009 folgende Umweltziele gestellt:

**ZIEL 1:
 REDUKTION DER VERBRAUCHE (FERNWÄRME, STROM, WASSER) UM 5% GEGENÜBER 2008**

Maßnahmen	Verant- wortlich	Geldmittel	Zeitrahen	Bewertung	Hinweis
Energiegutachten durch Ingenieur-büro durchführen	UMB		10/09 bis 2/10	beauftragt	liegt vor
Auswahl und Umsetzung der vorge-schlagenen Maßnahmen	UMB/UMV	offen	Bis Ende 2011	offen	Planungsauftrag mit Kostenermittlung für Erneuerung der primären Wärmeversorgung ist erteilt, soll 2011 umgesetzt werden
Auswertung der Umsetzung	UMB	-	Bis Mitte 2010	offen	-

**ZIEL 2:
 SCHRITTE ZUR NACHHALTIGEN MOBILITÄT**

Maßnahmen	Verant- wortlich	Geldmittel	Zeitrahen	Bewer- tung	Hinweis
Beschaffung von Dienst-Kfz im PKW-Bereich bis max. 120g CO ₂ /km	A/4	-	ständig	läuft	-
Das MUEV bemüht sich durch entsprechende Öffentlichkeitsmaßnahmen die Anzahl der Teilnehmer am Job-Ticket im MUEV pro Jahr um 5 % zu steigern - für Frühjahr 2011 ist geplant, mit SaarVV einen Infotag zum Jobticket im MUEV durchzu-führen	UMB/UMV	-	01/2010 bis 12/2011	offen	Staatssekretär Grünewald hat in einer Personal-versammlung auf die Bedeutung des Job-tickets hingewiesen und um verstärkte Nutzung gebeten

**ZIEL 3:
 NEUFASSUNG DES RESSORTPROGRAMMS UMWELT DER SAARLAND AGENDA**

Maßnahmen	Verant- wortlich	Geldmittel	Zeitrahen	Bewer- tung	Hinweis
Die aktuelle Saarland-Agenda wird neugefasst und die Premium-Ziele werden neu definiert	UMV/ Lattwein	-	01/2011 bis Ende 2011	erledigt	Wird in dieser Form nicht weiterverfolgt. (Begründung in 7.3). Stattdessen wird ein neues Arbeitsprogramm Umwelt erarbeitet.

ZIELE DES LANDESDENKMALAMTES (LDA) AB NOVEMBER 2009

**ZIEL 4:
 VERBESSERUNG DER ENTSORGUNG VON FLÜSSIGEN ABFÄLLEN (ENTSALZUNGSBAD)**

Maßnahmen	Verant- wortlich	Geldmittel	Zeitrahen	Bewertung	Hinweis
Das LDA prüft, welche neuen umweltge-rechten Möglichkeiten für die Entsorgung des Entsalzungs-bades bestehen, durch Kontakt zu: - Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) - anderen Landesdenkmal-ämtern - saarländischen Entsorgern (vornehmlich Umwelt-pakt-Teilnehmer)	Frau Kasperek	nach Angebot	bis Ende 2009	erledigt	Nach derzeitigem Kenntnisstand sind keine Alternativen vorhanden.

**ZIEL 5:
 VERBESSERUNG DER ABFALLTRENNUNG IM BÜROBEREICH**

Maßnahmen	Verantwortlich	Geldmittel	Zeitrahen	Bewertung	Hinweis
Prüfen, in welche Fraktionen der Büroabfall getrennt werden kann, unter Berücksichtigung bestehen-der Verträge (Gebäudereiniger)	UMB Herr Domprobst	nach Angebot	2010 bis 2012	offen	Es ist lediglich eine Differenzierung in Papier und Rest-müll möglich.

ZIEL 6: ERHÖHUNG DER VERKEHRSSICHERHEIT IM AUSSENDIENST

Maßnahmen	Verantwortlich	Geldmittel	Zeitraumen	Bewertung	Hinweis
- Mitarbeiter, die Dienstfahrzeuge benutzen, werden geschult bzgl.: - 1) Transport von Gasflaschen, - 2) vorausschauendes Fahren	UMB Herr Domprobst	-	ständig	offen	1) Letztmalig im Herbst 2010 durchgeführt. 2) ist geplant

ZIEL 7: ENERGIEMANAGEMENT FÜR DIE LIEGENSCHAFTEN DES MUEV

Maßnahmen	Verantwortlich	Geldmittel	Zeitraumen	Bewertung	Hinweis
Beauftragung eines Unternehmens zur Installation eines Energiemanagementsystems in den MUEV-Liegenschaften inkl. Durchführung einer Informationskampagne zur Sensibilisierung der Mitarbeiter der Hausverwaltung und aller Objektnutzer	UMB / UMV	Nach Angebot	2010 bis 2012	offen	-

7.3. INDIREKTE UMWELTAUSWIRKUNGEN

Neben den nicht unerheblichen direkten Umweltauswirkungen des Verwaltungsbetriebes überwiegen jedoch die so genannten indirekten Umweltauswirkungen, die sich auf dem politischen, normativen und administrativen Handeln des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr ergeben. Diese indirekten oder mittelbaren Wirkungen auf die Umwelt sind geradezu der Daseinszweck eines Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr: Für Umwelt, Energie und Verkehr zuständige Ministerien sind schließlich zu dem Zweck entstanden, bessere Umweltstandards durchzusetzen, um die Belastungen der Umweltmedien Boden, Wasser und Luft zu verringern oder zusätzliche Belastungen, etwa durch eine neue technische Anlage oder durch übermäßigen Verbrauch nicht-regenerativer Energien, zumindest auf das jeweils technisch machbare Maß zu beschränken. Um diesen Zweck erfüllen zu können, stehen dem Ministerium eine ganze Reihe von Instrumenten zur Verfügung, die bereits im Kapitel Aufgaben und Tätigkeiten aufgeführt wurden.

Die Fülle der Aufgabenbereiche, aber auch die Zuständigkeit für das gesamte Bundesland Saarland und – durch die Mitwirkung auf nationaler wie auch europäischer Ebene – bewirken, dass diese indirekten Umweltauswirkungen erheblich relevanter sind als die zwar nicht unerheblichen, aber vergleichsweise bescheidenen direkten Umweltaspekte.

Bis zum Ende des Jahres 2009 wurden die indirekten Umweltauswirkungen auf Grundlage der Saarland-Agenda mit dem Ressortprogramm Umwelt entwickelt. Die Saarland-Agenda als solche wurde mit dem Regierungswechsel aufgegeben. Die Überprüfung zur Beibehaltung einzelner Programmpunkte und zur Aufnahme neuer Arbeitspunkte läuft aktuell. Das dabei zu erstellende Grundsatzprogramm im Bereich Umwelt, Energie und Verkehr soll wie das Ressortprogramm Umwelt beschreiben, wie durch politisch-administratives Handeln diese mittelbaren Umweltaspekte möglichst positiv und wirkungsvoll gestaltet werden können. Positiv bedeutet dabei, mit geeigneten Maßnahmen die Qualität der wichtigsten Umweltmedien zu verbessern oder den Verbrauch begrenzter Ressourcen – wie etwa des Bodens – zu verringern.

Zwischen direkten und indirekten Umweltauswirkungen gibt es dabei hinsichtlich der Zielrichtung einen entscheidenden Unterschied: Während die direkten Umweltauswirkungen, also die Belastung der Umwelt durch den Verwaltungsbetrieb, so gering als möglich gehalten werden sollen, setzt das Ministerium alles daran, möglichst große indirekte Wirkungen auf die Umwelt zu erzielen – natürlich in dem oben genannten positiven Sinne. Wenn sich eine zusätzliche Belastung der Umwelt nicht vermeiden lässt, so bleibt es das Ziel, diese Zusatzbelastung so gering wie möglich zu halten oder an anderer Stelle – etwa im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffs-Ausgleichs-Regelung – auszugleichen. Die indirekten Umweltauswirkungen wurden in mehreren Workshops und in Absprache mit der Hausspitze mit den einzelnen Fachabteilungen des Ministeriums ermittelt und sind unter anderem mit Zielvorgaben in das Ressortprogramm Umwelt der Saarland Agenda mit eingeflossen.

Für eine Reihe von indirekten Umweltauswirkungen existieren bereits genaue Statistiken (des Statistischen Landesamtes oder des Ministeriums selbst). Der Waldschadensbericht wird beispielsweise jährlich erstellt; andere Umweltdaten, etwa die Luftgüte, werden automatisiert erfasst. Für spezielle Fragestellungen werden regelmäßig Expertengutachten eingeholt oder entsprechende Untersuchungsprogramme (Fischereiprogramm Saar) finanziert. Das Ministerium ist bestrebt, die Wirkung und den Erfolg von Förderprogrammen stärker als bisher einer Evaluierung (Überprüfung der Wirksamkeit) zu unterziehen.

ÜBERSICHT ÜBER DIE INDIREKTEN UMWELTAUSWIRKUNGEN

Diese elf Premium-Ziele spiegeln die aktuellen und geplanten Kernbereiche der nachhaltigen Umweltpolitik im Saarland wieder.

Leitziel (derzeitiger Stand)*	Quantifizierung	Indikator
1. Flächenverbrauch dauerhaft begrenzen (Flächenverbrauch: 509 m ² / Einwohner (Stichtag: 31.12.2008))	Begrenzung des Flächenverbrauches auf 472 m ² / Einwohner	Flächenverbrauch: m ² / Einwohner
2. Biologische Vielfalt erhalten	offen	offen
3. Ökologische Landnutzung stärken	offen	offen
4. Gewässerzustand verbessern (Gewässeranteil in gutem ökologischen Zustand: 24% (Stichtag: 31.12.2007))	Ausbau des Anteils an Gewässer in gutem ökologischen Zustand auf 65 % bis 2015	Gewässerzustandsanteil: %
5. Abfall verringern (Hausmüllaufkommen: 2005: 219 kg/Ew und Jahr, 2007: 212,4 kg/Ew und Jahr, 2008: 208,9 kg/Ew und Jahr (Stichtag: 31.12.2008))	Reduktion des Hausmülls auf 164,6 kg/EW und Jahr bis 2014	Pro-Kopf-Aufkommen: kg / Einwohner und Jahr
6. Klima schützen (Gesamtemission CO ₂ : 2001: 24 Mio. t, 2002: 23,7 Mio. t, 2007: 25,7 Mio t (Stichtag: 31.12.2007))	Minderung der CO ₂ -Emissionen des Saarlandes auf 22,2 Mio. CO ₂ / a bis 2012	Energieproduktivität: Jahrestonnen Mio. CO ₂
7. Erneuerbare Energien ausbauen	Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Strombedarf bis 2020 auf 20 %	Anteils der Erneuerbaren Energien am Strombedarf: %
8. Stärkung naturnaher Waldwirtschaft	offen	offen
9. ÖPNV-Nutzung steigern	offen	offen
10. Luftqualität verbessern	offen	offen
11. Lärmverschmutzung verringern	offen	offen

* Aktuellere Daten nicht verfügbar; Abfrage im Oktober 2010.

Die ursprünglich für das Jahr 2009 vorgesehene Verabschiedung der neuen Fassung der Saarland-Agenda mit einer gänzlich veränderten Struktur erfolgte nicht. Mit dem Regierungswechsel 2009 wurde die Saarland-Agenda als solche aufgegeben. Die aus ihr entwickelten Premium-Ziele wurden einer kritischen Überprüfung durchzogen. Dabei wurden die Premium-Ziele „Hochwasserschutz verbessern“ und „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ aus der Liste gestrichen, weil sie prinzipiell als erfüllt angesehen werden. Wie es nach einem Regierungswechsel nicht unüblich ist, setzt die neue Hausspitze des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr auf zum Teil andere Schwerpunkte und damit auch auf neue Premium-Ziele. Das Premium-Ziel „Naturnahe Landwirtschaft“ stärken wird umbenannt in „Ökologische Landnutzung stärken“, da das Ressort Landwirtschaft (bis auf den Bereich Umweltaspekte der Landwirtschaft) durch den Regierungswechsel im Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft angesiedelt wurde. Quantifiziert werden könnte dieses Ziel über den Anteil an gentechnikfreier Landwirtschaftsfläche.

Das Premium-Ziel „Biologische Vielfalt erhalten“ wurde bislang über eine Flächenbetrachtung (Indikator: Naturschutzflächenanteil) quantifiziert. Zukünftig soll dieses Ziel allerdings über die Entwicklung einer Referenzart quantifiziert werden, wobei die Populationsentwicklung dieser Art als Indikator dienen könnte. Das Premium-Ziel „Gewässergute verbessern“ wurde bislang über den Indikator „Anteil von Gewässern mit Güteklasse II und besser am Gewässernetz“ quantifiziert. Dabei lag die Gewässergütekarte als Datenbasis zu Grunde. Aus gesetzlichen Gründen und aufgrund fehlender aktueller Daten wird die Gewässergütekarte nicht mehr weiterverfolgt. Stattdessen wird die zuletzt 2006/2007 aktualisierte Gewässerzustandskarte, die dem behördenverbindlichen Maßnahmenprogramm nach Art. 11 der Wasserrahmenrichtlinie zugrunde liegt, als Datenbasis zur Beurteilung des Gewässerzustands genommen. Aus methodischen Gründen ist ein Vergleich der Darstellung der Gewässerzustandsklassen mit der der Gewässergüteklassen nicht möglich. Als neuer Indikator gilt somit nun der „Anteil der berichtspflichtigen Gewässern in gutem ökologischen Zustand“.

Der Zielwert, welcher sich aus dem Bewirtschaftungsplan ergibt, liegt hierbei bei 65 % bis 2015. Hinsichtlich des Premium-Ziels „Abfall verringern“ erfolgt aufgrund der Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans eine Korrektur der Zielgröße auf 164,6 kg/EW und Jahr bis 2014.

Ein neues Premium-Ziel soll „Erneuerbare Energien (EE) ausbauen“ werden. Als Ziel wird hierbei der Ausbau des Anteils an EE auf 20 % bis 2020 anvisiert. Der Anteil an EE wäre dann auch der Indikator. Die „Stärkung naturnaher Waldwirtschaft“ als neues Premium-Ziel soll quantifiziert werden über den Anteil der FSC-zertifizierten Waldfläche.

Das Premium-Ziel „ÖPNV-Nutzung steigern“ könnte über den ÖPNV-Anteil im Model-Split quantifiziert werden. Komplizierter könnte sich die Quantifizierung des Premium-Ziels „Luftqualität verbessern“ ausgestalten. In der Überlegung als Indikatoren sind hierbei ein Mischindex aus der Konzentration von Feinstaub, Stickstoffdioxid und die Häufigkeit der Überschreitung des Ozon-Grenzwertes im Jahr.

Für das Premium-Ziel „Lärmverschmutzung verringern“ soll zur Quantifizierung das vorhandene Lärmkataster im Land zu Rate gezogen werden. Als Indikator wäre der Anteil an von nächtlicher Lärmgrenzwert-Überschreitung betroffenen Anwohnern denkbar.

7

UMWELTAUSWIRKUNGEN

Eine genauere Definition der neuen Premium-Ziele inkl. einer detaillierteren und belastbaren Ausarbeitung der Quantifizierung und der Indikatoren erfolgt in den kommenden Monaten und wird für die nächste EMAS-Validierung 2011 vorbereitet. Valide Aussagen zu den konkreten, vor allem langfristigen Auswirkungen der neuen Premium-Ziele werden allerdings in den allermeisten Fällen nach einem Jahr Laufzeit des Konzeptes noch nicht möglich sein.

Stichtag für die Auswertung der „alten“ Premium-Ziele 1, 4, 5 und 6 ist der 1. August 2010, d.h. alle bis zu diesem Datum vorliegenden Erkenntnisse wurden aufgenommen.

Vor der letzten Validierung fand bzgl. des Premium-Ziels „Flächenverbrauch dauerhaft begrenzen“ eine Änderung der Einheit des Indikators statt. Somit ist der aktuelle Wert von 509 m² pro Einwohner der Ausgangswert für die weitere Entwicklung, welche noch nicht bewertet werden kann.

Auch beim Premium-Ziel „Gewässerzustand verbessern“ kann aufgrund der Änderung des Indikators noch keine Entwicklung abgelesen werden. Der Anteil der berichtspflichtigen Gewässer in einem guten ökologischen Zustand liegt aktuell bei 24%.

Im Bereich der Abfallreduzierung ist ein positiver Trend erkennbar. Das Hausmüllaufkommen hat sich im Jahr 2008 um 1,7% auf 208,9 kg pro Einwohner und Jahr verringert.

Hinsichtlich des Ziels „Klima schützen“ mit seinem Indikator „Energieproduktivität“ (CO₂-Emissionen) konnte zur letzten Erhebung keine Verbesserung erreicht werden. Allerdings sind die aktuellsten zur Verfügung stehenden Daten aus dem Jahr 2007. Weiterhin plant das Ministerium verschiedene Maßnahmen und Projekte (unter anderem den Masterplan Energie), mit denen die CO₂-Emissionen im Saarland reduziert werden sollen.

Das Controlling zu den Premium-Zielen ist bei der Hausspitze angesiedelt. In regelmäßigen Klausurtagungen der Führungskräfte des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden unter der Leitung der Ministerin werden die Leitziele einer kritischen Betrachtung unterzogen sowie Unterziele und Projekte in ihrer Effizienz bewertet. Das Projektcontrolling erfolgt durch die Staatssekretäre in monatlichen Besprechungen auf Referatsleitererebene in den Abteilungen und in den wöchentlichen Besprechungen mit den Abteilungsleitern und den Leitern der nachgeordneten Behörden.

8

UMWELTMANAGEMENTSYSTEM UND RECHTLICHE REGELUNGEN

8. UMWELTMANAGEMENTSYSTEM UND RECHTLICHE REGELUNGEN

Das Umweltmanagementsystem legt Aufgaben und Verantwortlichkeiten innerhalb des betrieblichen Umweltschutzes im Sinne von EMAS III, Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 vom 22.12.2009 fest (stärkere Einbindung von u. a. Auftragnehmern).

Der Einstieg ins Öko-Audit erfolgte mit der ersten Umweltprüfung 1996. Dabei wollten wir sehen, ob wir die Umweltgesetze einhalten, welches betriebliche und organisatorische Verbesserungspotenzial wir haben und welche direkten Umweltauswirkungen damit verbunden sind. Eine weitere Umweltprüfung mit Schwerpunkt indirekte Umwelt-Aspekte wurde 2001 durchgeführt. Es wurde beschlossen, ein Umweltmanagementsystem einzuführen und die erforderlichen Maßnahmen für eine Validierung nach EMAS II durchzuführen.

Unsere Umweltdokumentation umfasst neben dem Handbuch mit der Darstellung der Systemelemente die Umweltschichtlinien, die Umweltziele und das Umweltprogramm, ein Rechtsverzeichnis, Dienstweisungen für umweltrelevante Tätigkeiten, eine Dokumentenmatrix, Datenblätter für die Aufzeichnung unserer Umweltschichtleistungen und weitere Dokumente und Aufzeichnungen.

Weiterhin überwachen wir einmal jährlich in einer Umweltbetriebsprüfung die Funktionsfähigkeit unseres Umweltmanagementsystems. Dazu zählen insbesondere die Überprüfung der Einhaltung aller Umweltgesetze, die Einhaltung von Abläufen und Dokumentationspflichten, die Beachtung der Umweltschichtlinien, die Erreichung von Umweltzielen und die Realisierung von Verbesserungen der Umweltsituation.

Aufgrund der gefundenen Schwachstellen und zur Verbesserung unserer Umweltschichtleistungen werden im Umweltprogramm Ziele definiert.

Für den Fall von festgestellten Abweichungen ergreifen wir effektive Korrekturmaßnahmen und leiten die erforderlichen Vorsorgemaßnahmen ein. Wir ermitteln regelmäßig den Schulungsbedarf unserer Mitarbeiter, damit sie optimal für die Erfüllung ihrer Aufgaben vorbereitet sind. Ihre Anregungen und Vorschläge zum Umweltschutz werden zeitnah im EMAS-Team auf ihre Realisierbarkeit überprüft.

Über unsere relevanten Umweltschichtleistungen informieren wir die Öffentlichkeit sowie die Mitarbeiter regelmäßig, insbesondere durch Veröffentlichung einer jährlichen Umwelterklärung.

Umweltmanagementvertreter

und damit Gesamtverantwortlicher für den Umweltschutz im Ministerium ist der Leiter des Büros der Ministerin. Er formuliert in Abstimmung mit der politischen Hausspitze (Ministerin, Staatssekretäre) die Umweltziele für das Umweltprogramm und ist für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Systems verantwortlich.

Umweltmanagementbeauftragter

ist der Leiter des Referates A/2 (Umwelt und Wirtschaft, Zentrale Dienste) in der Abteilung A für den Standort Saarbrücken. Er ist gleichzeitig Umweltkoordinator für die direkten Umweltauswirkungen. Für das LDA ist

8

UMWELTMANAGEMENTSYSTEM UND RECHTLICHE REGELUNGEN

ein eigener Umweltmanagementbeauftragter bestellt. Die Umweltmanagementbeauftragten setzen das Umweltmanagementsystem gemeinsam mit den jeweiligen Verantwortlichen in den Fachabteilungen um. Sie sind die wichtigsten Ansprechpartner für die Mitarbeiter in Fragen des betrieblichen Umweltschutzes und Vorsitzender des EMAS-Teams.

Umweltkoordinator für indirekte Umweltauswirkungen, die mittelbar durch die Arbeit des Ministeriums entstehen, ist vorübergehend der Leiter des Referates M/4 (Nachhaltigkeitsmarketing und Kommunikation) in Vertretung des Referatsleiters von M/3 (Planung und Projektsteuerung).

EMAS-Team

Das EMAS-Team trifft sich regelmäßig, um anstehende Fragen des betrieblichen Umweltschutzes zu besprechen und Informationen auszutauschen, umweltrelevante Daten abzustimmen und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Ihm gehören an:

- der Umweltmanagementvertreter,
- die beiden Umweltmanagementbeauftragten
- der Koordinator für die indirekten Umweltauswirkungen,
- Vertreter der Referate A/2 und A/4 (Haushalt, Zuwendungen, Zahlstelle EU-Fonds) sowie bei Bedarf Vertreter der Fachabteilungen (in der Regel die geschäftsführenden Beamten).

Rechtliche Regelungen

Die Europäische Union verlangt von Unternehmen und Behörden, die ein Umweltmanagementsystem aufbauen und für gültig erklären lassen („validieren“), dass sie sicherstellen, dass sie alle Umweltgesetze und -vorschriften einhalten. Um die Rechtskonformität im Sinne von EMAS sicher zu stellen, stehen dem Ministerium verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, um die für den Umweltschutz wichtigen Rechtsvorschriften sowohl für die Erfüllung der Verwaltungsaufgaben als auch für den Gebäude- und Bürobetrieb an den drei Standorten (bis 12/2005 vier) einzuhalten.

Für die Überwachung und Aktualisierung dieses Verzeichnisses sind die Fachabteilungen sowie der UMB verantwortlich. Allerdings ist es selbst für ein Ministerium nicht leicht, den Überblick über alle neuen Gesetze und sonstigen Rechtstexte sowie deren Änderungen zu behalten. Um dies zu erreichen, können die Rechtsexperten des Ministeriums auf entsprechende Auskunftssysteme wie etwa JURIS oder umwelt-online.de zurückgreifen. Für umweltrelevante Rechtssammlungen bezieht das Ministerium ständig aktualisierte Nachlieferungen, dazu werden die Amts- bzw. Gesetzesblätter des Saarlandes, des Bundes und der Europäischen Union regelmäßig ausgewertet.

Wichtige Umweltgesetze veröffentlicht das Ministerium auf seiner Internetseite www.umwelt.saarland.de. Sie sind dort für jedermann kostenlos abrufbar.

9

UMWELTZIELE UND UMWELTPROGRAMM

9. UMWELTZIELE UND UMWELTPROGRAMM

Im Umweltprogramm sind die Umweltziele, Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele, die hierfür notwendigen Geldmittel, die Verantwortlichkeiten und der jeweilige Zeitrahmen bis zur Zielerreichung aufgeführt.

ZIELE ZU DIREKTEN UMWELTAUSWIRKUNGEN

Innerhalb der direkten Umweltauswirkungen hat sich das Umweltministerium sechs Ziele gesetzt, die auf die Reduzierung von direkten Umweltauswirkungen mit besonderer Relevanz abzielen.

Erstes Ziel ist die „Reduktion der Verbräuche (Fernwärme, Strom, Wasser) um 5 % „gegenüber 2008. Das Ingenieurbüro Rödel und Beul hat Ende 2009 eine Analyse zum energetischen Zustand des MUEV (Keplerstr./Gutenbergstr.) vorgelegt, mit konkreten Vorschlägen zur Erneuerung der primären Wärmeversorgung und zur energetischen Sanierung der Gebäudehülle (Gutenbergstr. 28). Hinsichtlich der Erneuerung der primären Wärmeversorgung ist ein Planungsauftrag mit entsprechender Kostenermittlung bereits erteilt worden. 2011 soll die Maßnahme umgesetzt werden, im folgenden Jahr soll die Umsetzung evaluiert werden.

Das **zweite Ziel** wird plakativ mit dem Titel „Schritte zur nachhaltigen Mobilität“ zusammengefasst. Neben der Umrüstung der Dienst-Pkw-Flotte auf emissionsarme Mobile bemüht sich das Ministerium, die Anzahl der Teilnehmer am Job-Ticket der Bahn um mindestens 5 % pro Jahr zu steigern. Dieses Ziel wurde für 2008 deutlich übertroffen. Für 2009 konnten aufgrund der Regierungswechsel bedingten Veränderungen der Zuständigkeiten keine Vergleichsdaten zu Rate gezogen werden, jedoch wäre eine Fortsetzung des positiven Trends wahrscheinlich.

Drittes Ziel ist die „Neufassung des Ressortprogramms Umwelt der Saarland Agenda“. Mit dem Regierungswechsel 2009 wurde die Saarland-Agenda allerdings als solche aufgegeben. Wie es nach einem Regierungswechsel nicht unüblich ist, setzt die neue Hausspitze des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr auf zum Teil andere Schwerpunkte. Diese werden zurzeit in einem Arbeitsprogramm Umwelt erarbeitet.

Ziel vier betrifft die „Verbesserung der Entsorgung von flüssigen Abfällen (Entsalzungsbad)“ im Landesdenkmalamt. Das Landesdenkmalamt hat überprüft, welche neuen umweltgerechten Möglichkeiten für die Entsorgung des Entsalzungsbedarfes bestehen. Nach Kontaktaufnahme mit dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz, anderen Landesdenkmalämtern und saarländischen Entsorgern kam das Landesdenkmalamt zu dem Schluss, dass nach jetzigem Kenntnisstand keine Alternativen vorhanden sind. Somit wird das Ziel als erledigt angesehen.

Im **fünften Ziel** ist eine „Verbesserung der Abfalltrennung im Bürobereich“ des Landesdenkmalamtes angestrebt worden. Es wurde überprüft, in welche Fraktionen der Büroabfall unter Berücksichtigung bestehender Verträge mit Gebäudereinigern getrennt werden kann. Mittlerweile steht fest, dass lediglich eine Differenzierung in Papier und Restmüll möglich ist, so dass dieses Ziel als erledigt betrachtet werden kann.

9

UMWELTZIELE UND UMWELTPROGRAMM

Als **sechstes Ziel** soll eine „Erhöhung der Verkehrssicherheit im Außendienst“ (betreffend der Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes) erreicht werden. Hierfür wird in regelmäßigen Schulungen den Mitarbeitern, die Dienstfahrzeuge benutzen, der sichere Transport von Gasflaschen gezeigt. Außerdem ist im Frühjahr 2011 eine Schulung über vorausschauendes Fahren geplant.

ZIELE ZU INDIREKTEN UMWELTAUSWIRKUNGEN

Die wichtigsten umweltpolitischen Ziele im Sinne einer nachhaltigen Landesentwicklung hat das Umweltministerium bis zum Regierungswechsel 2009 im Ressortprogramm Umwelt der Saarland Agenda auch in quantifizierbarer Form festgelegt. Aktuell wird ein Arbeitsprogramm Umwelt erarbeitet. Die so genannten Premium-Ziele sind bereits in Kapitel 7.3. dargestellt worden.

Ein Überblick über die gesamten Aufgabenbereiche der Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik im Saarland ergibt sich aus der Vorhabensplanung. Diese enthält die wichtigsten Pläne, Programme und Projekte bis zum Jahr 2015 mit Begründungen und Zielvorgaben. Die Vorhabensplanung lehnt sich eng an die Schutzgüter Natur und Landschaft, Wasser, Boden, Klima und Gesundheit an und bildet auch die wesentlichen Querschnittsaufgaben Energie, Verkehr, Bildung und Erziehung zur Nachhaltigkeit, Agenda 21, Umwelt und Wirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung ab.

Herausgehoben aus dieser detaillierten Vorhabensplanung sind einige wenige Leitprojekte, die so konzipiert wurden, dass sie dem partizipativ-kooperativen Ansatz gerecht werden und möglichst viele und unterschiedliche umweltpolitische Akteure und gesellschaftliche Gruppen mit einbinden.

Die Umsetzung dieser Leitprojekte und der Vorhabensplanung insgesamt, die Effizienz der entsprechenden Handlungsinstrumente (etwa Förderprogramme) sowie das Erreichen der umweltpolitischen Ziele werden laufend kontrolliert. Die Methoden zur Analyse und Bewertung solcher Projekte – und damit auch der indirekten Umweltauswirkungen – müssen dabei permanent verbessert werden. Gerne bezieht das Umweltministerium dabei auch den Sachverstand Dritter mit ein. Das Leitprojekt Klasseschule beispielsweise wurde wissenschaftlich durch die Universität des Saarlandes evaluiert. Eine wichtige Hilfe bei dieser Umsetzungskontrolle leistet außerdem die Umweltberichterstattung, die sich in Form regelmäßiger Berichte widerspiegelt.

Diese Berichte (z.B. Waldschadensbericht, Bericht zur Landesentwicklung, Bericht über den Zustand des Staatswaldes, Gewässergütebericht u.a.) werden in aller Regel unmittelbar nach Erstellung über das Internet (www.umwelt.saarland.de) veröffentlicht und mit den wichtigsten umweltpolitischen Interessensgruppen ausführlich diskutiert.

10

UMWELTKOMMUNIKATION

10. UMWELTKOMMUNIKATION

„In Fragen des Umweltschutzes praktizieren wir einen offenen Umgang mit der Öffentlichkeit. Wir informieren sie regelmäßig über die von unserer Behörde ausgehenden Umweltauswirkungen.“ (aus den Umweltleitlinien, Punkt 4.)

Das Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr misst einer offenen, bürgernahen und transparenten Kommunikation von Umweltinformationen einen sehr hohen Stellenwert bei. Aus Gründen der Aktualität, aber auch wegen der Einsparung von Ressourcen (v. a. Papier) steht dabei die Kommunikation über das Internet an erster Stelle. Der im Frühjahr 2001 grundlegend umgestaltete und auf ein Redaktionssystem umgestellte Internetauftritt unter der Adresse www.umwelt.saarland.de wird tagesaktuell gepflegt. Er enthält neben den Pressemitteilungen eine Fülle vertiefender Informationen, gibt einen Überblick über die verfügbaren Veröffentlichungen in gedruckter Form und bietet die Möglichkeit, wichtige Berichte im plattformunabhängigen PDF-Format herunter zu laden. Medienvertreter finden über die Pressestelle kompetente Ansprechpartner für umweltrelevante Anfragen; die Pressestelle veröffentlicht darüber hinaus jährlich ca. 300 Pressemitteilungen.

Mit wichtigen umweltpolitischen Interessensvertretern aus Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden und Kommunen pflegt das Ministerium sowohl auf der politischen wie auch auf der Arbeitsebene (Fachreferate) einen breiten Informations- und Diskussionsaustausch. Teilweise ist dieser institutionalisiert, etwa in Form von Beiräten (Nachhaltigkeitsbeirat, Landesdenkmalrat u. a.).

Der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der interessierten Fachöffentlichkeit dient eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit, die auf die Instrumente Ausstellungen, Messen, Broschüren, Events, Anzeigen, Internet, Fachpublikationen und -tagungen setzt. Daneben unterstützt und fördert das Ministerium Einrichtungen zur Umweltbildung und Naturerziehung wie das Ökologische Schullandheim in Gersheim oder die Scheune Neuhaus – Zentrum für Waldkultur – in Saarbrücken Von-der-Heydt.

Herausgeber:

Saarland Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr
Hausanschrift: Keplerstr. 18, 66117 Saarbrücken
Postanschrift: Postfach 10 24 61, 66024 Saarbrücken
Telefon: 0681/5 01 - 0
Telefax: 0681/5 01 -45 22
E-Mail: poststelle@umwelt.saarland.de
Internet: www.umwelt.saarland.de

Redaktion:

Christoph Küntzer, Joachim Heinz, Melanie Zabel, Patrick Ginsbach

Ansprechpartner:

Christoph Küntzer
Umweltmanagementvertreter
Telefon: 0681/5 01 -47 17
E-Mail: c.kuentzer@umwelt.saarland.de

Joachim Heinz
Umweltmanagementbeauftragter MUEV und Koordinator direkte Umweltauswirkungen
Telefon: 0681/5 01 -47 16
E-Mail: j.heinz@umwelt.saarland.de

Alexander Domprobst
Umweltmanagementbeauftragter LDA
Telefon: 0681/5 01 -23 98 | -24 86
E-Mail: a.domprobst@denkmal.saarland.de

Roman Glauben
Koordinator indirekte Umweltauswirkungen
Telefon: 0681/5 01 -47 27
E-Mail: r.glauben@umwelt.saarland.de

Umweltbetriebsprüfer

Dr. Stephan Hirsch
Saar-Lor-Lux Umweltzentrum
Hohenzollernstr. 47 - 49, 66117 Saarbrücken
Telefon: 0681/58 09 -2 09
E-Mail: s.hirsch@hwk-saarland.de

Jahresumweltdaten

Lisa Meusel
Saar-Lor-Lux Umweltzentrum
Hohenzollernstr. 47 - 49, 66117 Saarbrücken
Telefon: 06 81/58 09 - 1 76
E-Mail: l.meusel@hwl-saarland.de

Michael **H**ub
Umweltgutachter
Berater Umwelt, Qualität, Sicherheit

**Erklärung des Umweltgutachters zu den
Begutachtungs- und Validierungstätigkeiten**

Der Unterzeichnete,
Michael Hub, EMAS-Umweltgutachter mit der Registrierungsnummer DE-V-0086,
akkreditiert oder zugelassen für den Bereich (NACE-Code)
84.1 Öffentliche Verwaltung
85 Erziehung und Unterricht
91.01 Bibliotheken und Archive
bestätigt, begutachtet zu haben, ob die gesamte Organisation, wie in der aktualisierten Umwelterklärung
der Organisation

Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr Saarland
Liegenschaften:
Keplerstraße 18 / Gutenbergstraße 28 und Saaruferstraße 16, D-66117 Saarbrücken
Landesdenkmalamt, Am Bergwerk 11, D-66578 Schiffweiler
mit der Registrierungsnummer DE-170-00060

angegeben, alle Anforderungen der
Verordnung (EG) Nr. 1221/2009
des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von
Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für
Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS)
erfüllt.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der aktualisierten Umwelterklärung der Organisation ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten der Organisation innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereichs geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Frankfurt am Main, 16. November 2010


Michael Hub, Umweltgutachter



Umweltgutachter
Michael Hub
Niedwiesenstraße 11a
D-60431 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 5305-8388
Telefax +49 (0)69 5305-8389
e-mail info@umweltgutachter-hub.de
web www.umweltgutachter-hub.de

Zugelassen von der: DAU — Deutsche
Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft
für Umweltgutachter mbH, Bonn
Zulassungs-Nr.: DE-V-0086

Saarland

Ministerium für Umwelt,
Energie und Verkehr

Keplerstraße 18, 66117 Saarbrücken
www.umwelt.saarland.de